Mittwoch, 21. September 1932
Nr. 214. Jahrg. 1932
Breslau

Preis 10 Pf.
Reichsausgabe

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Textilarbeiterlohn von 47.9 auf 38,3 Pfennig herabgesetzt

Notverordnungslohnraub in der Praxis — Sofortiger Abwehrkampf der gesamten Arbeiterschaft ist notwendig

Bekanntmachung.

Gemäss Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5.9.32 geben wir der Belegschaft hiermit durch Aushang von Folgendem Kenntnis:

Nach der uns durch § 1 erteilten Berechtigung tritt gemäss § 3 mit Wirkung von Beginn des auf den Tag dieses Aushanges folgenden Lohnzahlungs-Abschnitts, also

Montag, den 19. September 1932,

beginnend für die 31. bis einschl. 40.-ste Wochenarbeitsstunde ein Abschlag auf alle tarifvertraglichen Stunden-, Tages- und Akkord-Lohnsätze ein.

Im Arbeitsverhältnis waren gemäss Berechnung V b der Durchführungsverordnung vom 14.9.32 beschäftigt:

Am 15. August 1932	238
die vorgenommene Vermehrung beträgt	29
	also 12,2 %

Der Abschlag beträgt demnach 20 %, so dass sich für diese Wochenarbeitsstunden der tarifliche Ecklohn (Zeitlohn für männliche Facharbeiter über 20 Jahre) von 47,9 auf 38,3 Pfg. und die übrigen Lohnsätze entsprechend ermässigen.

Eine etwaige Aenderung der Arbeiterzahl und damit des vorstehenden Hundertsatzes würde gemäss § 3 durch Berichtigung des Aushanges bekannt gemacht werden, mit der Wirkung, dass die Ermässigung oder Erhöhung der Sätze mit Beginn des auf den Tag der Berichtigung folgenden Lohnzahlungsabschnittes in Kraft treten würde.

Den Herrn Schlichter für Niederschlesien geht gleichzeitig eine Abschrift dieses Aushanges zu, mit der Bitte, dies als die in § 3 der Verordnung vom 5. September 1932 vorgeschriebenen Anzeigen zu betrachten.

J. Schwerin Söhne A.-G.

Breslau, den 16. Sept. 1932

So wirkt sich in der Praxis die „soziale" Verordnung der Papenregierung aus. Tausende werden durch Veröffentlichung des genauen Wortlautes dieses Anschlages der Breslauer Textilfirma mit Entsetzen erst erfahren, mit welch unmenschlich niedrigen Löhnen Textilvollarbeiter, Familienväter in einer Großstadt wie Breslau schon bisher abgespeist wurden. 47,9 Pfennig in der Stunde, das war bisher der tarifliche Höchstlohn. Die Löhne der weiblichen und jugendlichen Textilarbeiter stehen noch weit, weit darunter, bis herab zu 20 Pfennig und weniger.

Diese Hungerlöhne in des Wortes grausamster Bedeutung waren der Papenregierung in ihrem „christlichen" und „sozialen" Bestreben noch zu hoch.

Auf Kosten dieser schon bisher zum größten Elend verurteilten Arbeitsbienen will die Regierung die Wirtschaft ankurbeln, schanzt sie dem Großkapital neue Milliarden an Liebesgaben zu. Auf Grund der Papen-Verordnung hat jetzt in der Tat die Firma J. Schwerin Söhne A.G. das „Recht", den erbärmlichen Hungerlohn um 20 Prozent, auf 38,3 Pfennig, herabzusetzen. Aber das ist noch nicht einmal das höchste.

Nach der Verordnung kann der Lohn sogar um 50 Prozent abgebaut werden.

Vorausgesetzt, daß die Angaben der Firma über Beschäftigungszahl stimmen, beschäftigt sie jetzt 29 Arbeiter = 12 Prozent mehr als am 15. August und kann daher den Lohn „nur" um 20 Prozent kürzen. Würde sie aber 60 Arbeiter = 25 Prozent mehr beschäftigen, dann hätte sie das „Recht", den Lohn von 47,9 auf

24 Pfennig!!

herabzusetzen. Dabei liegen die Verhältnisse bei der Firma Schwerin so, daß sie vor wenigen Wochen erst große Entlassungen vorgenommen hat und jetzt lediglich zum Zwecke des Lohnraubs und um die 400 Mark Prämie pro neueingestellten Arbeiter zu ergattern, wieder Neueinstellungen vornimmt.

Aber die Firma Schwerin ist nicht ein Einzelfall, sondern in diesen Tagen werden wir dasselbe Schauspiel in fast allen Betrieben ganz Deutschlands erleben.

37, ja nur 24 Pfennig Stundenlohn für einen Familienvater, aber Millionen und Milliarden für Banken, Großkapitalisten und Großagrarier! Das ihr Herren von Papen, von Gayl ist ihr „Christentum". Dazu verlangte am Sonntag der Reichsarbeitsminister von den christlichen Arbeitern „Abbau des Mißtrauens und Rückkehr des Vertrauens zur Reichsregierung". Freiherr von Gayl, der Reichsinnenminister, hat am Montag auf dem Gustav-Adolftag in Leipzig sich stolz zum „evangelischen Christentum" bekannt und den christlichen Charakter der Reichsregierung hervorgehoben. Er hat auch von der Notwendigkeit der christlichen Liebe gesprochen und dabei sehr unvorsichtigerweise die Bibel-Worte gebraucht:

„Und wenn ich mit Menschen- und mit Engelszungen redete und hätte der Liebe nicht, so wäre ich ein tönendes Erz und eine klingende Schelle".

Die ihres letzten Pfennig Lohnes zum allernotdürftigsten Leben beraubten Arbeiter werden beurteilen, wer hier das „tönende Erz", die „klingende Schelle" ist. Sie werden um so besser begreifen, daß auch jetzt wieder, wie zu allen Zeiten, das Christentum benützt wird, um die allerschlimmste Ausbeutung und Unterdrückung des arbeitenden Volkes zu verdecken.

Der Vorgang bei der Firma Schwerin in Breslau, der Zehntausende anderer Firmen folgen werden, muß

wie ein Peitschenhieb auf die ganze Arbeiterklasse

wirken. Ein Schrei der Empörung, ein einziger Wille des leidenschaftlichen Widerstandes muß die ganze Arbeiterklasse erfassen und zur sofortigen Abwehraktion aufpeitschen. Es ist nicht eine Frage der Belegschaft von Schwerin oder sonstiger Einzelfirmen. Allein können sich vielfach die einzelnen Belegschaften nicht einmal wehren. Das kann mit Erfolg nur der geschlossene Kampf der ganzen Arbeiterklasse. Alle Arbeiter, ob kommunistisch, sozialdemokratisch oder christlich, geht es an. Wenn sie zusammenhalten, sind sie riesenstark, unüberwindlich.

Deshalb fordern wir, muß die ganze klassenbewußte Arbeiterschaft überall fordern und erzwingen, daß die Vertreter aller Arbeiterorganisationen, Gewerkschaften, SPD, KPD und SAP unverzüglich zusammentreten und sich schlüssig werden über:

sofortige gemeinsame Abwehraktionen, öffentliche Massenversammlungen, Demonstrationen und in den Betrieben Kampf unter der Devise:

Wir dulden keinen Pfennig Lohnabbau, andernfalls sofortiger Streik!

Zum sozialdemokratischen Volksbegehren

Von Kurt Rosenfeld.

Der Parteivorstand der SPD ruft zu einer neuen Volksbewegung auf. Nach Hindenburg-Wahl, Eiserner-Front-Bewegung und „sozialistischer" Aktion wird nun eine neue Parole ausgegeben, die vielleicht Massen in Bewegung bringen, einen praktischen Erfolg aber nicht herbeiführen kann.

Eben ist die Notverordnung, soweit sie Zertrümmerung des Tarifrechts und Lohnsenkung bezweckt, in Kraft getreten, und in diesem Augenblick hält es der Parteivorstand der SPD für richtig, statt zum direkten Kampf für die Aufrechterhaltung der wenigen noch vorhandenen Errungenschaften der Novemberrevolution aufzurufen, zu einer Aktion aufzufordern, die, selbst wenn sie Erfolg hätte, erst wirksam sein könnte, wenn die Zertrümmerung des Tarifrechts und die Lohnsenkung sich längst ausgewirkt haben.

Nach der Verfassung muß das Volksbegehren, bevor es zum Volksentscheid kommt, dem Reichstag vorgelegt werden. Die neue Volksvertretung wird aber, vorausgesetzt, daß die Reichstagswahlen wirklich durchgeführt werden, nicht vor Anfang Dezember zusammentreten. Würde das Parlament dann arbeitsfähig sein, was gewiß äußerst zweifelhaft ist, so wird es sicher erst einmal Weihnachtsferien machen und bestimmt nicht vor Ende Januar zum Volksbegehren Stellung nehmen. Erst dann kommt die Durchführung des Volksentscheids in Frage, so daß vor dem Frühjahr die Volksabstimmung nicht stattfinden kann. Inzwischen aber werden so viele neue Notverordnungen ergangen sein, wird sich die Wirtschaftslage so verändert haben, daß der Volksentscheid größere Bedeutung gar nicht mehr haben kann.

Alles das weiß der sozialdemokratische Parteivorstand natürlich ganz genau. Wenn er trotzdem diese neue Volksbewegung entfacht, so kann das nicht den Zweck verfolgen, wirklich den Kampf gegen Zertrümmerung des Tarifrechts und Lohnsenkung aufzunehmen, sondern die Arbeiterschaft vom direkten Kampf abzulenken.

Dieser direkte Kampf muß von der Arbeiterschaft an ihrem Arbeitsplatz durchgeführt werden. Deshalb hat der Vorstand der SAP alle Parteigenossen aufgefordert, sich in den Gewerkschaften, überall, wo sich auch nur die geringste Chance für die Arbeiterklasse dafür bietet, mit aller Kraft für Streiks gegen jeden Lohnabbau einzusetzen.

Gewiß werden in dieser Zeit der Massenarbeitslosigkeit Streiks nur unter großen Schwierigkeiten und nicht überall mit Erfolg durchzuführen sein. Aber die Erfahrungen der letzten Tage zeigen, daß die Arbeiterklasse auch heute durch Streiks sich erfolgreich dem Lohnabbau widersetzen kann.

Die Aufforderung des sozialdemokratischen Parteivorstandes zum Volksbegehren ist daher noch keine ausreichende Aktion. Es kommt jetzt darauf an, zu verhindern, daß die Massen durch die jetzt entfesselte Bewegung abgelenkt werden vom wirklichen

Kampf. Es gilt durchzusetzen, daß die von sozialdemokratischen Führern geplante Scheinaktion umschlägt in wirklichen Massenkampf. Das aber ist nicht zu erreichen, wenn wir uns dem Volksbegehren entgegenstellen, wie das — vorläufig noch — die Kommunisten tun, indem sie der Wahrheit zuwider in dem Volksbegehren gegen einen Teil der Notverordnung eine Anerkennung ihrer anderen Teile zu erblicken behaupten, sondern nur, indem wir das Volksbegehren insoweit unterstützen, als wir alles tun, um über die Stimmzettelaktion hinaus zu einer sofortigen wirklichen Kampfaktion der Massen zu kommen.

Die Verfolgung beginnt

Nachklänge zum Amsterdamer Antikriegs-Kongreß

An dem großen Antikriegskongreß, der vor einigen Wochen in Amsterdam stattfand, haben bekanntlich gegen die Anweisung der Parteien der II. Internationale 347 Mitglieder von Parteien, die der II. Internationale angeschlossen sind, teilgenommen. Im Namen dieser 347 sozialdemokratischen Delegierten der verschiedensten Länder gab der Genfer Genosse Nicole, wie wir seinerzeit berichteten, eine Erklärung ab, in der die Mitarbeit am Antikriegskongreß und an den von ihm zu gründenden Organisationen zugesagt und zugleich betont wurde, daß jede Disziplinarmaßnahme, die gegen einen der sozialdemokratischen Delegierten unternommen würde, auf den einmütigen Widerstand der Delegierten von Amsterdam stoßen werde, „die sich rückhaltslos zusammenschließen zu ihrer gemeinsamen Verteidigung".

Jetzt ist der erste Anlaß zum Widerstand gegeben. Der Parteivorstand der sozialistischen Partei Frankreichs hat einen Beschluß gefaßt, in dem er sein Bedauern darüber ausdrückt, daß „einige, glücklicherweise vereinzelte, Genossen an der Amsterdamer Kundgebung teilnehmen zu müssen glaubten". Weiter heißt es dann wörtlich:

„Der Vorstand fühlt sich verpflichtet, sie (die Amsterdamer Delegierten) darauf aufmerksam zu machen, daß die Teilnahme an den in Amsterdam geschaffenen permanenten Organen unvermeidlich berechtigte Sanktionen nach sich ziehen wird, und fordert die Föderationen auf, sich in dieser Hinsicht streng und wachsam zu zeigen."

So steht es mit der „Duldsamkeit" in den Parteien der II. Internationale. Es macht zwar gar nichts aus, daß seit Jahr und Tag prominente Sozialdemokraten nationale und nationalistische Bekenntnisse ablegen, es ist, um bei dem französischen Beispiel zu bleiben, dem französischen Parteivorstand in all den vergangenen Jahren nicht notwendig erschienen, den Nationalisten Paul Boncour aus der Partei zu entfernen — aber Genossen, die an radikaler Arbeit zur Bekämpfung des drohenden Krieges teilnehmen, müssen den Hinauswurf aus sozialdemokratischen Parteien in Kauf nehmen. Wir kennen diese Dinge ja aus Deutschland zur Genüge. Sie sind kennzeichnend für den Geist der Parteien der II. Internationale.

Wir erwarten, daß die französischen Genossen, die in Genf waren, ebenso wie die anderen sozialdemokratischen Delegierten unbeirrt bei ihrer Auffassung verharren und ihre Mitarbeit am Werke der Kriegsbekämpfung fortsetzen werden.

Die Konferenz von Stresa

Der Bericht des Wirtschaftskomitees angenommen

Stresa, 19. September.

WTB. Das Gremium der Konferenz von Stresa trat heute nachmittag zu einer kurzen öffentlichen Sitzung zusammen, um zu dem vom österreichischen Delegierten Schüller ausgearbeiteten Bericht des Wirtschaftskomitees Stellung zu nehmen. Der Bericht wurde einstimmig angenommen.

Der Schwerpunkt des Berichtes liegt in dem schon gemeldeten Konventionsentwurf, der einen Agrarfonds von 75 Millionen Schweizer Goldfranken zur Revalorisation (Preisstützung) des Getreides vorsieht. Die Revalorisation, die auf Grund des Exports der Agrarländer während der letzten drei Jahre festgesetzt worden ist, soll 16 Millionen Doppelzentner Weizen, 15 Millionen Doppelzentner Futtergerste, 13,5 Millionen Doppelzentner Mais umfassen. Für die zweite Kategorie, an der Deutschland nicht beteiligt ist, werden folgende Quantitäten festgesetzt: 4,9 Millionen Doppelzentner Roggen, 3 Millionen Doppelzentner Brauereigerste, eine Million Doppelzentner Hafer. Die Revalorisationsprämien betragen 2 Schweizer Goldfranken pro Doppelzentner für den Weizen und je 1,50 Franken für die anderen Getreidearten. Der Fonds soll durch ein Komitee verwaltet werden, das seinen Sitz voraussichtlich bei der BIZ haben wird. Als Gegenleistung der Agrarländer werden eine liberale Handelspolitik und möglichst weitgehende kommerzielle Erleichterungen für die Geberstaaten gewünscht. Der Konventionsentwurf erwähnt ferner, daß die Rechte der meistbegünstigten Staaten durch diese Gegenleistungen in keiner Weise beeinträchtigt werden.

Papen wirbt um die Bayrische Volkspartei

Der Reichskanzler v. Papen ist eifrig bemüht, seine Aussichten für den Wahlkampf und im künftigen deutschen Reichstag zu verbessern. Bisher hat er nur die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei auf seiner Seite, und da bei der geplanten Gründung einer „Präsidialpartei" bestimmt nichts beachtliches herauskommen wird, dürften im Wahlkampf nur diese beiden Parteien für das Hindenburg-Papen-Programm offen eintreten.

Papen baut aber bereits weiter. Am Montag hat zwischen dem Reichskanzler und dem bayrischen Ministerpräsidenten Dr. Held sowie dem Vorsitzenden der Bayerischen Volkspartei, Staatsrat Schäffer, eine Unterredung stattgefunden, die der Klärung aller zwischen dem Reiche und Bayern schwebenden Fragen dienen sollte, sich aber darüber hinaus auf die politische Gesamtlage und eine Erörterung des Verhältnisses der Bayerischen Volkspartei zur Regierung Papen erstreckte. Bestimmte Mitteilungen über den Verlauf dieser Unterredung liegen bisher nicht vor, es wird aber allgemein mit der Möglichkeit gerechnet, die Gegensätze zwischen Papenregierung und Bayerischer Volkspartei zu mildern. Die Bayerische Volkspartei sei, so wird erklärt, nicht an alle Wege des Zentrums gebunden — was natürlich gleichzeitig heißt, daß auf dem Umwege über die Bayerische Volkspartei das Zentrum in ein freundlicheres Verhältnis zur Regierung Papen gebracht werden soll.

Daß eine sachliche Verständigung zwischen Papen und der Bayerischen Volkspartei auf der Basis der beiderseitigen reaktionären Wünsche möglich ist, ergibt sich aus dem Verlauf der am Sonntag durchgeführten großen Bauernversammlung des Bayerischen Patriotischen Bauernvereins von Tuntenhausen. Dort legte derselbe Staatsrat Schäffer, Führer der Bayrischen Volkspartei und zugleich bayrischer Finanzminister, seine Auffassungen über die Notwendigkeit einer Verfassungsreform dar. Er sprach dabei in einer verhältnismäßig zurückhaltenden Form; erst aus einer zweiten Rede des bayrischen Bauernführers Dr. Heim wurden die Pläne der Bayrischen Volkspartei in ihrem ganzen Umfange deutlich. Dr. Heim wandte sich gegen den Parlamentarismus der Weimarer Verfassung und forderte Aufstellung einer neuen Verfassung, die durch ein Volksreferendum gleichzeitig mit der Durchführung der Reichstagswahlen am 6. November zur Annahme gebracht werden solle. Weiter bekannte sich Dr. Heim als Anhänger der Arbeitsdienstpflicht und einer Wehrmacht in der Höhe von mindestens 300 000 Mann. Gegenüber dem Zentrum betonte er, daß die Bayrische Volkspartei vor allem die Weltanschauung mit dem Zentrum gemeinsam habe, „aber wir behalten auch unsere volle Selbständigkeit". Nach alledem sieht es so aus, als solle diese Selbständigkeit der Bayrischen Volkspartei zu einer starken Annäherung an die Papen-Regierung führen.

Strasser gibt zu: Die NSDAP tolerierte Papen!

Auf einer Reichstagung der Nationalsozialistischen Deutschen Aerzteschaft in Braunschweig sprach Gregor Strasser, der Reichsorganisationsleiter der NSDAP. Herr Strasser hatte offenbar keinen sehr glücklichen Tag, denn er ließ sich verleiten, ein Eingeständnis zu machen, das ihm und seiner Partei sicher noch manchen Kummer bereiten wird. Nach der „Nationalsozialistischen Schlesischen Tageszeitung" (Nr. 208) erklärte er,

„die Tolerierung Papens habe dem Nationalsozialismus im Wahlkampf anderthalb bis zwei Millionen Stimmen gekostet".

Für die Veröffentlichung dieser Aeußerung wird wahrscheinlich auch der verantwortliche Redakteur des schlesischen Naziblattes einen kräftigen Rüffel bekommen. Denn in der Redaktion des „Völkischen Beobachter" ist man wesentlich vorsichtiger gewesen. Dort hat der verfängliche Satz folgende Fassung erhalten: „Die anfängliche Zurückhaltung gegenüber der Regierung Papen habe dem Nationalsozialismus im Wahlkampf eineinhalb bis zwei Millionen Stimmen gekostet." Selbst in dieser, offensichtlich von der Redaktion abgeschwächten Form bleibt aber Strassers Feststellung bestehen — eine Feststellung, die im kommenden Wahlkampf den Nationalsozialisten millionenfach entgegengehalten werden wird: Papen kam ans Ruder, Papen erhielt Gelegenheit, die reaktionärste Politik und die arbeiterfeindlichsten Maßnahmen, die sich nur ausdenken lassen, durchzuführen, weil Hitler und die NSDAP ihn tolerierten!

Deutschland bleibt stur

Die ablehnende Antwort der englischen Regierung auf die deutschen Aufrüstungswünsche hat in deutschen Regierungskreisen schwer enttäuscht. In einer unbegreiflichen Verkennung der internationalen Situation hatte man ein Entgegenkommen Englands erwartet, ja, darauf gerechnet, England gegen Frankreich ausspielen zu können. Diese irrige Erwartung, die in der deutschen Außenpolitik des letzten Jahrzehnts schon wiederholt zu empfindlichen Niederlagen geführt hat, ist nun gründlich widerlegt worden.

Es wäre aber ein Irrtum, wollte man meinen, die deutsche Regierung werde aus dieser Erfahrung lernen und aus der englischen Antwort die Konsequenzen ziehen. Ganz im Gegenteil: aus zuverlässiger Quelle wird gemeldet, daß an dem deutschen Standpunkt nichts geändert wird". Genau so haben wir es erwartet. Man wird solange mit dem Kopf gegen die Wand rennen, wird sich so lange über die Stimmung außerhalb Deutschlnads belügen, bis man eines Tages mit Erstaunen feststellt, daß für diese Art von Politik außerhalb der deutschen Grenzen keinerlei Verständnis vorhanden ist.

Henderson an den deutschen Außenminister

Der Präsident der Abrüstungskonferenz Henderson hat in einem langen Schreiben dem deutschen Reichsaußenminister auf die Mitteilung, daß Deutschland an den weiteren Beratungen der Abrüstungskonferenz nicht teilnehmen werde, geantwortet. Henderson legt dar, daß die bisherigen Beschlüsse der Abrüstungskonferenz nur vorläufiger Natur seien und alle Möglichkeiten einer umfassenden Abrüstung offen ließen. Es sei deshalb falsch, wenn die deutsche Regierung sich berechtigt glaube, nach dem bisherigen Verlauf der Konferenz zu behaupten, daß ein Beschluß für eine allgemeine Abrüstung nicht zustandekommen werde. Die Entscheidung über alle diese Fragen stehe noch aus, und daher hoffe Henderson aufrichtig, daß die deutsche Regierung ihren Entschluß nochmals nachprüfen und zu dem frühestmöglichen Augenblick an den Arbeiten des Büros wieder teilnehmen werde.

Arbeitslosensturm in England

London, 19. September.

WTB. Seit 48 Stunden herrscht in Birkenhead schwerer „Terror" (!) Heute früh kam es wieder zu kommunistischen (!) Unruhen. Obgleich die Polizei durch hundert Mann verstärkt worden war, sammelten sich um 6 Uhr morgens große Menschenmengen an, plünderten die Geschäfte und schlugen Fensterscheiben ein. Gegen die Polizei wurden Flaschen und Ziegelsteine geschleudert, so daß sie mit dem Knüppel vorgehen mußte. Neun Polizisten wurden schwer verletzt.

Die ganze Nacht hindurch hatte die Polizei mit Kraftwagen, Motorrädern und Fahrrädern die Straßen abpatrouilliert. 44 Personen, darunter einer der kommunistischen Rädelsführer, sind verhaftet worden. Gegen 8 Uhr morgens war die Ruhe ziemlich wieder hergestellt. Die Straßen in den Unruhezentren bieten ein Bild der Verwüstung und sind mit Glasscherben und Auslagegegenständen übersät. 120 Polizisten zu Fuß und zwölf zu Pferd trafen aus Liverpool in Birkenhead ein. Tausende von Menschen füllten die Straßen und wurden dauernd von der Polizei in Bewegung gehalten. Die Demonstrationen hatten ihren Ursprung in Arbeitslosenunruhen gehabt.

Diese WTB-Meldung trägt ganz den Charakter des üblichen arbeiter- und kommunistenfeindlichen Polizeiberichtes. Für uns als Arbeiter sagt der Bericht jedoch so viel, daß die Arbeitslosennot auch in England die Massen zum Verzweiflungskampf treibt. Für die verlogene herrschende Klasse und die Polizei sind es dann von „Hetzern" angestiftete „kommunistische Krawalle", „Terror"-Aktionen usw. Aber es ist nichts anderes als der Kampf um Leben und Brot der hungernden Arbeiter.

Gescheiterte Verhandlungen in der englischen Textilindustrie

Manchester, 19. September.

Die Gemischte Lohnkonferenz der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Textilindustrie hat sich auf unbestimmte Zeit vertagt. Inzwischen hat der Verband der Arbeitgebervereine seine Mitglieder ersucht, über einige Vorschläge abzustimmen, die sich aus den Verhandlungen ergeben haben.

Rücktritt der schwedischen Regierung

Stockholm, 19. September.

Die Regierung Hamrin hat infolge des Wahlausganges heute im Kronrat dem König ihr Rücktrittsgesuch eingereicht. Der König hat die Demission angenommen und heute mittag den sozialdemokratischen Parteiführer P. A. Hansson empfangen, um mit ihm über die Regierungsbildung zu verhandeln

Neue Inflation

Herabsetzung des Reichsbankdiskont. Die 40-prozentige Golddeckungsklausel aufgehoben

Der deutsche Reichsbankdiskont ist mit 5 Prozent weit über den Diskontsätzen der Staatsbanken der übrigen großkapitalistischen Länder. Das erschwert dem deutschen Kapital die Geschäfts- und Profitmöglichkeiten in erheblichem Maße. Aber der vom Kapital gewünschten Herabsetzung des Diskontsatzes unter 5 Prozent stand bisher das Reichsbankgesetz im Wege, das ausdrücklich vorschreibt, daß eine Diskontsenkung unter 5 Prozent nicht erfolgen darf, solange sich die Golddeckung für die Banknoten unter 40 Prozent bewegt. Die Gold- und Devisendeckung liegt aber, wie bekannt, mit gegenwärtig nur 25 Prozent weit unter dem vorgeschriebenen Satz.

Um diese „Schwierigkeit" zu beheben, hat der Reichspräsident auf Grund des Artikels 48 der Verfassung die Zwangsbestimmung des Reichsbankgesetzes in bezug auf Unterschreitung des Diskontsatzes für zwei Jahre außer Kraft gesetzt. Diese Maßnahme konnte aber ohne ernsthafte Störungen im internationalen Geldverkehr und ohne Konflikte mit der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) nur vorgenommen werden, wenn der Verwaltungsrat der BIZ dem zustimmte. Zu diesem Zweck war am 19. September in Basel der Verwaltungsrat versammelt und hat nach „Prüfung" der deutschen Verhältnisse der Aufhebung des § 29 des Reichsbankgesetzes zugestimmt.

Das Ganze ist ohne Zweifel ein entscheidender Schritt zur neuen Inflation in Deutschland. Wenn bisher trotz des relativ hohen Diskontsatzes von 5 Prozent längst nicht in genügendem Maße Gold- und Auslandsdevisen in die deutsche Reichsbank strömten, d. h. das internationale Kapital lieber seine Gelder bei billigem Zinsfuß im Ausland anlegte, statt sie zu hohen Zinsen in Deutschland anzulegen, so beweist das nur, daß die Kapitalisten der ganzen Welt kein Zutrauen zur Sicherheit der deutschen Währung und gesamten Wirtschaft haben. Wenn jetzt auch noch die letzte Sicherheitssperre beseitigt wurde und der Diskontsatz der Reichsbank herabgesetzt wird, dann ist klar, daß sich die Gold- und Devisendeckung in beschleunigtem Tempo vermindern muß, was nichts anderes bedeutet, als der beschleunigten Inflation, der Geldentwertung Tür und Tor zu öffnen. Senkung des Geldwertes bedeutet aber für die Masse der Bevölkerung gewaltige Preissteigerung. So wird dem Proletariat auf der einen Seite der Lohn in ungeheurem Ausmaße gekürzt, und auf der anderen Seite werden ihm die Preise für alle lebensnotwendigen Produkte erhöht.

Kongreß der christlichen Gewerkschaften

Scharfe Rede Stegerwalds gegen Papen — Beschwichtigungsrede des Ministerialdirektors Sitzler

Auf dem 13. christlichen Gewerkschaftskongreß wurde am Montag zunächst der Bericht des Vorstandsmitgliedes Otte entgegengenommen, der nichts besonderes brachte. Dann hielt Stegerwald eine große Rede, in der er die ungeheuerlichen Abbaumaßnahmen der Brüning-Regierung gegenüber der Arbeiterschaft verteidigte und beschönigte gegenüber den jetzigen „weit schlimmeren" Maßnahmen der Papen-Regierung. Er griff deren Wirtschaftsprogramm scharf an, legte aber das Schwergewicht seines Angriffs gegen die Regierung Papen darauf, daß sie diktatorisch gegen das ganze Volk regieren wolle und daß sie jetzt durch die Reichstagsauflösung das ganze Reich in die schwersten Gefahren stürze. Er erklärte: „Es wäre überhaupt ratsam, wenn während des Wahlkampfes eine objektivere Regierung amtierte, weil sonst die Gefahr bestehe, daß sich die breite Opposition im Volk nicht nur gegen die Regierung von Papen, sondern auch gegen den Reichspräsidenten auswirkt. Im ganzen hatten die radikalen Redensarten Stegerwalds, die selbstverständlich mit großem Beifall aufgenommen wurden, den Zweck, den christlichen Arbeitern vorzutäuschen, daß das Zentrum und die christlichen Führer eine wirklich radikale Politik im Interesse der Arbeiter gegen die kapitalistische Diktatur durchführen, was selbstverständlich Schwindel ist.

Nach der Rede von Stegerwald wurde eine im Sinne seiner Ausführungen gehaltene Entschließung angenommen. Darin heißt es u. a.: „Die christlichen Gewerkschaften warnen vor jedem Spiel mit verhüllter oder offener Diktatur. Sie widersetzen sich auf das entschiedenste allen Maßnahmen, die eine noch weitere Radikalisierung der deutschen Arbeiterschaft unfehlbar nach sich ziehen müssen. Nur in vertrauensvoller Zusammenarbeit (!) mit Volk und Regierung können die großen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Aufgaben für Staat und Nation gelöst werden."

Dann hielt Ministerialdirektor Sitzler vom Reichsarbeitsministerium eine längere Rede, in der er, nach dem aus zahllosen Minister- und Rundfunkreden bekannten Rezept den „sozialen" Charakter der verschiedenen Wirtschafts- und Lohnabbauverordnungen der Papen-Regierung darzulegen versuchte.

Kleine Nachrichten

München, 19. September.

Die Sonnabend-Ausgabe der kommunistischen „Neuen Zeitung" ist von der Polizeidirektion München beschlagnahmt worden.

Danzig. Der Völkerbundskommissar für Danzig, Graf Gravina, ist gestern abend gestorben.

Vorwürfe, die nicht widerlegt wurden

Dagegen Schimpfkanonaden der „Volkswacht" — Noch einmal in Sachen „Konsum-Verein Vorwärts"

Auf unsere Mitteilung über die merkwürdigen Methoden der Verwaltung des Konsumvereins „Vorwärts" und des Treuhänders Vogt veröffentlicht die „Volkswacht" eine offiziöse Notiz der Verwaltung mit einem dem intelligenten Niveau der Volkswachtredaktion entsprechenden Kommentar.

Diese Notiz wendet sich gegen unsere Behauptungen, ohne eine einzige von ihr widerlegen oder klar stellen zu können. Obwohl die Zahlungseinstellung vor Wochen erfolgt ist, liegt bisher kein Bericht über den Stand des Unternehmens vor. Die Verwaltung begründet das mit dem Umfang des Verfahrens. Bedeutend größere Konzerne haben bisher, wenn sie Zahlungen einstellen mußten, ihren Gläubigern eine Klarstellung ihrer Vermögensverhältnisse gegeben. Im Konsumverein „Vorwärts" ist das im Zeitraum eines Monats nicht möglich gewesen.

Wir haben uns dagegen gewendet, daß die erste Gläubigerversammlung ohne die proletarischen Spargläubiger stattfindet. Die Verwaltung verspricht eine Spargläubigerversammlung im Anschluß an die Versammlung der übrigen Gläubiger. In der Versammlung der übrigen Gläubiger soll aber ohne die Spargläubiger zu befragen die Person des Treuhänders und der Mitglieder des Gläubigerausschusses bestimmt werden. Die Verwaltung erklärt, sie könne nicht öffentlich mitteilen, aus welchem Grunde das geschehe. Tatsache bleibt, daß man die Aufsichtsinstanzen des Vergleichsverfahrens ohne Befragen der Proleten bestimmen will. Sicherem Vernehmen nach beabsichtigt man, Vogt fallen zu lassen. Die Verwaltung will aber an seine Stelle den früheren Oberpräsidenten Philipp als Treuhänder vorschlagen. Damit würden die Arbeiter vom Regen in die Traufe kommen. Philipp ist der wegen seiner Unfähigkeit nach dem Kappputsch abgesetzte Oberpräsident, der als Schlichter von Schlesien jetzt viele Jahre hindurch den Arbeitern den Lohn abgebaut hat. Warum er wegen seiner Erfahrungen im Lohnraub den Spargläubigern sympathisch sein soll, ist unverständlich.

Schließlich bezieht sich die Verwaltung auf einen Briefwechsel mit dem Genossen Eckstein. Gerade in diesem Briefwechsel ist keiner der Vorwürfe klar gestellt. Unsere Leser mögen sich selbst ein Bild machen. Wir geben die Briefe anschließend im Wortlaut wieder:

Breslau, den 6. September 1932

An unsere Gläubiger!

Im Anschluß an unsere Mitteilung vom 16. August cr., worin wir Ihnen von unserer Zahlungseinstellung Kenntnis geben mußten, laden wir Sie hierdurch zu einer

Gläubigerversammlung

auf

Donnerstag, den 22. September 1932, nachmittags 4 Uhr,

in den Sitzungssaal des Hotels „Vier Jahreszeiten, Breslau, Gartenstraße 66, ergebenst ein.

Wir haben den Termin der Gläubigerversammlung soweit hinausschieben müssen, weil erst in der zweiten Septemberwoche die entscheidenden Verwaltungssitzungen unserer Hauptgläubigerin, der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Consumvereine in Hamburg stattfinden werden, von deren Ergebnis der Vergleichsvorschlag abhängt, den wir Ihnen bereits in der Gläubigerversammlung unterbreiten zu können hoffen. In dieser Gläubigerversammlung werden wir Ihnen auch einen für den Tag der Zahlungseinstellung aufgestellten Status vorlegen, der bis dahin auch von unserem Revisionsverbande nachgeprüft sein wird. Schließlich soll in dieser Gläubigerversammlung auch über die Persönlichkeit des Treuhänders, die wir dem Gericht vorschlagen wollen, Beschluß gefaßt und ein Gläubigerausschuß gewählt werden.

Hochachtungsvoll

Konsum- u. Sparverein „Vorwärts"

Herrn

Rechtsanwalt Dr. Ernst Eckstein.

Den Eingang Ihres Schreibens vom 10. ds. Mts. bestätigend, teilen wir Ihnen mit, daß infolge der notwendig werdenden umfangreichen Arbeiten, Status und Vergleichsvorschlag unsern Gläubigern erst in der Gläubigerversammlung vorgelegt werden können. Des weiteren wird auch der Vorschlag für die Person des Treuhänders und die Mitglieder des Gläubigerausschusses in der Gläubigerversammlung vorliegen.

Bei der Gläubigerversammlung handelt es sich zunächst um eine Zusammenfassung unserer Warengläubiger bzw. von Gläubigern, die Forderungen aus Darlehen oder Leistungen gegen uns geltend machen. Entscheidend für die Vorschläge, die diesen Gläubigern gemacht werden sollen, ist die Entscheidung unseres größten Gläubigers, der GEG, welche erst im Laufe dieser Woche fallen wird. Nach der Verständigung mit diesem Gläubiger werden wir unsere Spargläubiger besonders zusammenfassen.

Wir nehmen an, daß es sich bei den von Ihnen vertretenen Gläubigern um Spargläubiger unserer Genossenschaft handelt. Sollte es sich um Warengläubiger handeln, bitten wir um Uebermittelung der Namen und Forderung derselben, sowie um den Nachweis, daß Sie die Vertretungsvollmacht für diese Gläubiger besitzen.

Hochachtungsvoll

der vorläufige Treuhänder

vom

Konsum- u. Sparverein „Vorwärts"

*

Noch ein Wort zur Volkswachtredaktion. Sie wirft uns schwerste Schädigung der Arbeiterinteressen vor. Wenn der Lokalredakteur, der sich früher auf seine Bildung etwas zugute getan hat, seinen Lassalle lesen würde, würde er finden, daß es erste Pflicht ist auszusprechen, was ist.

Nur die rücksichtsloseste sofortige Offenheit kann das Arbeiterunternehmen retten, nicht die Vertröstung von Berichten in späteren Mitgliederversammlungen.

Um der Rettung des Arbeiterunternehmens willen werden wir weiter auf diese Offenheit dringen, vor der die Mitglieder der Verwaltung und des Aufsichtsrates aus Furcht kompromittiert zu werden, sich zu fürchten scheinen.

Liegnitzer Sondergericht

Der Mann, der vom Oberbürgermeister den Auftrag hat, die Leute zu beruhigen

(Von unserem Liegnitzer Sonderberichterstatter)

Liegnitz, 19. September.

Vor dem Liegnitzer Sondergericht begann heute der Prozeß über die Vorgänge auf der Goldberger Straße, über die wir bereits in der Sonntagnummer berichteten. Da über hundert Zeugen geladen sind, wird die Verhandlung, die von Landgerichtsdirektor Krüger geleitet wird, wahrscheinlich drei Tage in Anspruch nehmen.

Die Hauptangeklagten sind die Gewerkschaftssekretäre und Stadtverordneten Ufert, Höer und Späte.

Der Metallarbeitervorsitzende Ufert war an dem betreffenden Tage von auswärts gekommen und hatte sich, als er von den Unruhen hörte, sofort auf die Goldberger Straße begeben, um die Massen zu beruhigen. Dazu glaubte er verpflichtet zu sein, denn er habe, sagte er, schon fünf- oder sechsmal bei Streiks oder Unruhen vom Oberbürgermeister den Auftrag erhalten, die Leute zu beruhigen. (!) Als er nun auf die Leute einredete, sie sollten nach Hause gehen, kam der Polizeikommissar Peters, der eine sehr merkwürdige Rolle spielt, die wir später noch beleuchten werden, auf ihn zu, drängte ihn mit dem Gummiknüppel ab und drückte ihn in eine Fensterscheibe. Als es Ufert gelang, freizukommen, begab er sich sofort zum Polizeidirektor v. Hinrichsen, der die Liegnitzer Polizei leitet, und bat ihn, Peters sofort zurückzuziehen, da er anscheinend besoffen wäre. Hinrichsen weigerte sich, dies zu tun, forderte aber Ufert auf, ebenso wie der Polizeiwachtmeister Schneider, die Leute doch nach Hause zu schicken. Als sich Ufert also wieder hin begab, ging Peters sofort wieder auf ihn los, erklärte ihn für verhaftet und schleppte ihn zur Wache, wo er ihn noch schlug.

Aehnlich erging es dem stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteher Höer. Dieser ging mit seinem Sohne auf der Haynauer Straße spazieren. Daraus versucht man seine Rädelsführerschaft abzuleiten, denn gewisse Kreise können sich einen „General" eben nur weit vom Schuß vorstellen. Als er nach Hause gehen wollte, kam er in ein Gedränge hinein, wo Wachtmeister Peters mit anderen Beamten auf das rigoroseste gegen die Menge vorging. Peters nahm Höer am Kragen, wobei er ihm das ganze Hemd zerriß, und als dieser sich instinktiv etwas zurücklehnte, erklärte er das für „Widerstand gegen die Staatsgewalt" und erklärte ihn für verhaftet.

Genau so erging es auch dem Stadtrat Späte.

Bei allen dreien wurde Rädelsführerschaft angenommen, da sie doch als Gewerkschaftsangestellte auch die Führer der Massen seien. Die übrigen Angeklagten, darunter unser SAP-Genosse Paul Gerschau, waren festgenommen worden, weil sie sich nicht ohne weiteres von der Polizei, auch hier war es meist der Kommissar Peters, hatten schlagen lassen. Ein Nationalsozialist, der einen völlig unbeteiligten Arbeitersportler mit einem Totschläger niedergeschlagen hatte, ist wegen unbefugten Waffenbesitzes angeklagt.

Die Zeugenvernehmung des ersten Tages brachte nichts Belastendes für die Angeklagten. Es wurden die allgemeinen Vorgänge besprochen: Einigen Nazis waren die Abzeichen abgenommen worden, andere wieder waren mit der Menge in Streit geraten. Aber alles dies hat mit den Angeklagten nichts zu tun, da es sich bei ihnen nur um Zusammenstöße mit der Polizei handelt. Vom ersten Verhandlungstag hat man den Eindruck, daß es sich um eine an und für sich harmlose Sache handelt, die nur von der Polizei und der Anklage übermäßig aufgebauscht ist. Der morgige Tag bringt mit der Vernehmung der Polizeibeamten, besonders des Hauptbelastungszeugen Peters, den Höhepunkt der Beweisaufnahme.

(Weitere Berichte folgen.)

Die Schule des Proletariats

ist die weltliche Schule.

Dort meldet eure Kinder an!

Erster Wochenendkursus der SAP Bunzlau

Am Sonnabend und Sonntag hielt unsere Ortsgruppe den ersten Wochenendkursus über „Unsere Arbeit in den Gewerkschaften" ab, den der Genosse Enderle-Breslau leitete.

Es sei gleich vorweg bemerkt, daß gerade noch in dieser Frage viele Genossen nicht klar und deutlich den Weg und die Aufgabe als SAP sahen. Die einen gaben die Hoffnung auf positiven Erfolg unserer Gewerkschaftsarbeit auf und neigten zur RGO-Politik, die anderen wollten im reformistischen Sinne weiterarbeiten. Diesen Genossen beider Richtungen machte Genosse Enderle am Sonnabend zunächst klar, daß unsere Arbeit in den Gewerkschaften bitter notwendig ist, wenn es uns nicht so gehen soll wie der KPD mit ihrer saudummen RGO-Politik, mit der sie sich ins eigene Fleisch schneidet, indem sie sich von den reformistischen Massen isoliert. Dann überzeugte Gen. Enderle die noch reformistisch denkenden Genossen davon, daß für uns als proletarisch-revolutionäre Partei nur eine revolutionär gerichtete Arbeit in den Gewerkschaften in Frage kommt. Unsere Arbeit kann nur dahinauszielen, mit Hilfe der von uns revolutionierten Massen in den Gewerkschaften die kapitalistische Ordnung zu beseitigen, während reformistische Gewerkschaftsarbeit heißt: Arbeiten im Rahmen der kapitalistischen Ordnung. Heute läßt sich wohl feststellen, daß alle Genossen am Sonnabend vom Genossen Enderle überzeugt, nicht überredet wurden, daß nur revolutionäre Gewerkschaftsarbeit für uns als SAP in Frage kommt.

Auf Grund dieser Erkenntnis wurde am Sonntag der zweite Teil des Kursus aufgebaut: praktische Vorschläge für unsere Gewerkschaftsarbeit. Zunächst wurde über Streikstrategie und Streiktaktik der revolutionären Gewerkschaftler gesprochen, und festgestellt, daß die reformistischen Gewerkschaftler und ihre Führung keinerlei Streikstrategie besitzen, ja nicht besitzen dürfen, weil sie sonst konsequenterweise die kapitalistische Ordnung beseitigen müßten. Dabei wurde auch die Taktik der KPD eingehend beleuchtet, die sich in den meisten Fällen als falsch erwiesen hat. Ueber Jugend- und Frauenarbeit der SAP in den Gewerkschaften wurde auch ausführlich gesprochen und praktische Vorschläge vom Genossen Enderle gemacht. Sehr eingehend wurde auch noch bis Schluß des Kursus über unsere Fraktionsarbeit und die damit verbundenen Schwierigkeiten gesprochen. Damit war der Kursus beendet, der wohl uns allen sehr viel brachte, das zu verwirklichen unsere Arbeit in den nächsten Wochen sein muß. Anfang Oktober wird wahrscheinlich der Genosse Walcher nach Bunzlau zu einem Kursus kommen, in dem er über die Gewerkschaften in der Krise usw. sprechen wird. Wir sind schon heute begierig, ihn zu hören, um neues Wissen uns im Interesse des gesamten Proletariats anzueignen.

Wieder ein schweres Gruben-Unglück in Ostoberschlesien

Königshütte, 19. September.

Heute mittag ereignete sich auf dem Krugschacht der Scarboferm-Gesellschaft bei Königshütte ein schweres Grubenunglück. Durch eine Erderschütterung stürzte in der dritten Abteilung des Schachtes die Kohlenwand ein und begrub die beiden Häuer Joseph Kubitza und Paul Wieczorek unter sich. Es gelang zwar der Rettungsmannschaft, die beiden Verschütteten nach kurzer Zeit zu bergen, Kubitza war jedoch schon tot. Wieczorek wurde in schwerverletztem Zustande ins Knappschaftslazarett eingeliefert.

Genossen sind angeklagt!

Vor dem Breslauer Sondergericht beginnt heute der Prozeß gegen eine Reihe von unseren Genossen sowie Genossen der KPD, die beschuldigt werden, am Tage der Beerdigung des Genossen Rudi Olinther an einer öffentlichen Zusammenrottung teilgenommen und dabei den Anordnungen der Polizeibeamten Widerstand geleistet zu haben.

Wir werden über den Verlauf dieses Prozesses eingehend berichten, zumal der Bericht, den die SAZ seinerzeit über diese Vorfälle brachte, von Seiten des Polizeipräsidiums beanstandet wurde und daß uns auch aus diesem Grunde an der Aufklärung der Vorfälle besonders gelegen ist.

Massen-Entlassung

in der Schuhfabrik Dorndorf-Langermann

Die seit mehreren Wochen im Betrieb befindliche Schuhfabrik mit über 300 Beschäftigten hat am Sonnabend, den 17. September 1932, über 80 Beschäftigte fristlos entlassen.

Keine Papageienkrankheit

Die Verkaufssperre über die Wellensittich-Farm aufgehoben

Breslau, 19. September.

Die seit drei Monaten über die Wellensittichfarm in Deutsch Lissa verhängte Verkaufssperre ist auf Anordnung der Regierung von der Polizei aufgehoben worden. Bekanntlich standen die Tiere im Verdacht, von der Papageienkrankheit befallen zu sein. Die eingehende Untersuchung hat einen negativen Ausgang genommen, die Papageienkrankheit ist also nicht festgestellt worden.

*

Man wäre versucht, hier von einem Schwabenstreich zu sprechen, wenn . . . . na ja, wenn man sich eine Klage der zuständigen Stelle auf den Hals laden wollte.

Seit Monaten muß die Polizei die Farm unterhalten, seit Monaten werden die Futterrechnungen direkt an das Präsidium geleitet. Und jetzt? Na, wir nehmen an, daß der Besitzer oder die Besitzerin auf Schadenersatz klagen wird.

Beschleunigtes Verfahren wäre wirklich am Platze gewesen.

Das Motiv: Verschmähte Liebe

Breslau, 19. September.

Heute gegen 13.30 Uhr verletzte in einem Hause der Messergasse der 28jährige Max Förster aus Rosenhain, Kreis Ohlau, die 19jährige Hausangestellte Ida Schiewek, ebenfalls aus Rosenhain, nach einem Wortwechsel durch einen Revolverschuß schwer und schoß sich dann eine Kugel in den Kopf. Die beiden Schwerverletzten wurden ins Allerheiligen-Hospital übergeführt; dort konnte bei Förster nur noch der Tod festgestellt werden, während das Mädchen wenige Minuten nach der Einlieferung starb. Das Motiv der Tat ist in verschmähter Liebe zu suchen.

Förster hatte versucht, mit Ida Schiewek einen Verkehr anzuknüpfen, war aber abgewiesen worden. Er war am Sonntag nach Breslau gekommen und hatte das Mädchen bedroht, das sich hier bei seinem Schwager aufhielt. Dieser veranlaßte deshalb noch gestern, daß Förster der Polizei zugeführt wurde. Er wurde dort nach Waffen durchsucht und dann wieder entlassen. Heute nachmittag traf Förster das Mädchen wiederum. In der Messergasse kam es zu einer erregten Auseinandersetzung, bei der ein Brief eine Rolle spielte, den das Mädchen im Besitz hatte. Förster versuchte dem Mädchen den Brief zu entreißen und bedrohte es mit einem Revolver. Ida Schiewek lief in ihrer Angst in einen Schuhmacherladen in der Messergasse. Förster verfolgte sie dorthin und brachte ihr eine schwere Kopfverletzung bei. Dann richtete er die Waffe gegen sich selbst.

Warum steht die Notiz Kopf?

Mitglieder der PKG zahlen an der Kasse die Vorverkaufspreise. Kartenvertriebsstelle müssen Mittwoch nachmittag im Sekretariat abrechnen.

Gutschein

Vorzeiger dieses erhält an der Abendkasse 5 Pfg. Preisermäßigung auf die Kassenpreise

Weil

Otto Zimmermann am Donnerstag, den 22. September, 19.30 Uhr, eine Abendveranstaltung der PKG bei Hoffmann, Pöpelwitzstraße ausgestaltet. Eintritt im Vorverkauf für Erwerbslose 25 Pfg., für Verdienende 35 Pfg., an der Abendkasse 10 Pfg. teurer. Fahrradstand gratis.

Bühne von links gesehen

Reichsdeutsche Uraufführung im Lobetheater. Hermann Heinz Ortners „Schuster Anton Hitt".

E.K. Mit dem „Schuster Anton Hitt" wollte der Dichter „kein Einzelschicksal" gestalten, sondern allgemein die Schicksale von Menschen aus seiner Heimat, die, „auf dem Lande lebend, plötzlich die Stadt berührt".

Der Schuster Anton Hitt schickt sich an, die viel ältere Witwe seines plötzlich verstorbenen Meisters zu heiraten, da überfällt ihn der fremde Zauber der Stadt. Noch auf der Hochzeit lernt er die aus der Stadt kommende Anna, die Gehilfin des Photographen, kennen. Das Neue, das Unbekannte, der heiße Atem der Stadt ergreifen mit ihrer Person von ihm Besitz. Sie lört ihn aus der dumpfen Alltäglichkeit des dörflichen Lebens auf, sie stiftet ihn zum Mord an der Gattin an. Doch in dem Augenblick, als er, mit dem festen Entschluß den Mordplan zu verwirklichen, den Giftbecher in der Hand, die Tür zum Zimmer seiner Gattin aufklinkt, fällt diese tot herein. Der Gedanke, gemordet zu werden, hat sie getötet. Und des Mordes „aus dem Gedanken heraus" weiß sich auch Hitt jetzt schuldig. Verstört irrt er umher. Dem Versuch der Selbstbezichtigung schenkt man auf der Gendarmerie keinen Glauben. Da ist es Anna, die indes ein Kind von ihm unter ihrem Herzen trägt und aus einem Weibsteufel ein Engel von Unschuld geworden ist, welche sein „Gewissen" entlastet. Sie stellt sich mit ihm auf der Polizei.

Wir wollen es anerkennen: Der Dichter hat hier mit einer unerhört feinen Zeichnung viele Züge der dörflich-kleinstädtischen, oberösterreichischen Welt eingefangen. Aber mit diesem Können wird schon die Schwäche des Stücks deutlich, die Milieuschilderung erdrückt einfach die Handlung. Hermann Heinz Ortner ist kein dramatisches Talent, ganz abgesehen davon, daß sein Plan, mehr als ein Einzelschicksal zu geben, im guten Willen steckengeblieben ist. Der klare Handlungsaufbau, die sinnvolle Verklammerung der Szenen, die innere Dynamik, das packende Kräftespiel gehen dem Stück ab. Der unbegründete Wandel in Annas Charakter verrät den Stümper in der Entwicklung von Charakteren. Der Gegensatz von Stadt und Land schließlich, das eigentliche Problem des Dramas, ist in einer Weise zur Darstellung gebracht, wie er sich im Kopf eines Dorfpfarrers malen mag. Hier die Stadt, „Kinos, Chauffeure, Maskenscherze", kurzum ein Sündenpfuhl, dort das Land mit seinen „tiefsten und geheimsten Fäden der Natur", „die geheime Urzelle des Guten", man bleibe uns mit solchem billigen, verworrenen Zeug vom Leibe!

Schuld, Wandlung, Reinigung — und die „geheime Urzelle des Guten . . . mit jenen unausgesprochenen Geheimnissen des Bodens und einer Landschaft verwoben, die auch heute noch über dem Geiste als alleiniger Herrscher thront", das sind freilich auch Töne, wie sie das Nebelhorn der faschistischen Ideologie tutet, und so wird die kunstinteressierte Arbeiterschaft gegen das Ortnersche Stück ebenso Front nehmen, wie gegen den muffigen Geist, von dem es bewußt oder unbewußt zeugt.

Die Inszenierung Barnays unterstrich leider die ausmalende Breite der Milieuschilderung. Die krampfartigen Gefühlsausbrüche in dem sonst anerkennenswerten Spiel der Hauptdarsteller Marion Leporini und Hans Frank als Anna und Hitt wird man wohl mehr dem Dichter zuschreiben müssen, dem die Fähigkeit, wirklich echtes Gefühl zu gestalten, abgeht. Hans Frank überraschte durch die Wandlungsfähigkeit seines künstlerischen Talents. Der köstliche Totengraber-Michel Alfred Scherzers und Paul Demels Schuldirektor mit dem ewig drückenden Schuh waren etwas zu gut gemeint. Eindrucksvoll das schlichte Spiel Käte Habel-Reimers als Schusterin. Schließlich nennen wir Maja Sering, Manfred Inger und Emil Stöhr, womit die kleinen und kleineren Rollen in kein ungünstiges Licht gerückt seien. Für die Ausstattung sorgte Harry Wilton.

•

Im Gerhart Hauptmann-Theater: Gerhart Hauptmanns „Versunkene Glocke".

E.K. Im Gerhart Hauptmann-Theater gespenstert immer noch der Geist Hauptmanns herum. Und da die herrschende Kunstpolitik darauf auszugehen scheint, die theaterinteressierte Arbeiterschaft mystisch einzunebeln, hat man nach der krausen „Pippa" das noch krausere Stück von der „Versunkenen Glocke" auf den Spielplan gesetzt. Mit dem Erfolg vielleicht, daß dem letzten Hauptmann-Verehrer übel wird. In diesem Stück wimmelt es nämlich von Elfen, Zwergen, Holzmännerchen und Holzweiberchen, obgleich die Theorie des Dramas einmal so vermessen war, durch Aristoteles und Lessing zu erweisen, daß es das Drama mit handelnden Menschen und nicht mit wiehernden und kreischenden Teufeln oder Engeln zu tun habe.

Hauptmann wollte mit diesem Stück zeigen, wie der Höhenflug des schaffenden Künstlers an dem Widerstand der stumpfen Welt zerschellt. Aber in welcher Form das geschieht, ist eigentlich einer ernsten Diskussion nicht würdig. Da wird der Glockengießer Heinrich, ein undramatischer Spielball aller möglichen über- und unterirdischen Wesen, im ersten Akt in einen Feuerzauber eingesponnen, im zweiten Akt von einem elbischen Wesen Rautendelein zu geheimnisvollen Blicken in das Weltall weggeküßt, im dritten Akt zum Herrscher über allerlei Gezwerg erhoben und im vierten Akt von den Gespenstern seiner toten Kinder heimgesucht, um im fünften Akt nach all den Pferdekuren zur Strafe dafür zu sterben, daß er sein sonniges Weib und seine Kinder um dieses Spuks willen sitzen ließ. Das ganze ist durch künstliche Effekte, opernhafte Kulisse und geschwollene Verse bis zur Unmöglichkeit gesteigert.

Auf der Bühne drehte sich und sprang mit ohrenbetäubendem Gekreisch der Waldschratt Juro Klügers, den unglückseligen „Heinrich mir graut vor dir" verkörperte nicht glücklich Ulrich Arie, während Ruth Albu, Paul Klinger und Martha Hartmann mit der undankbaren Aufgabe, die ihnen der Dichter stellte, noch am besten fertig wurden. Es ist ein beschämender Anblick, wie man sich in Breslau selbst um den Realisten Hauptmann drückt, indes er auf anderen Bühnen gespielt wird, und es ist eine einseitige reaktionäre Kunstpolitik, die den Protest und schärfsten Widerstand der kunstinteressierten, klassenbewußten Arbeiterschaft herausfordert.

Konzert des Arbeiter-Sängerbundes

Hier ist einmal wirklich Kritisches zu sagen. Der Arbeitersängerbund ist kein Konzert-Chor, man kann und soll daher nicht zuviel verlangen. Aber die außerordentlichen Unterschiede zwischen den einzelnen Abteilungen zeigen: diese ist auf dem richtigen, diese auf dem falschen Wege. Die Gründe hierfür sind klar. Ueberall sind die besten Kräfte vorhanden, aber nicht überall ein geeigneter Dirigent! Das trifft besonders für Fritz Haase zu, der die Chorgemeinschaft Ost leitet. Er hatte schlecht einstudiert und schlecht dirigiert; häufig irritierte er die Sänger nur durch sein aufgeregtes sinnloses Dreinschlagen, hinter dem sich gar nichts verbarg. Nicht viel besser steht es mit der Konzertvereinigung Freundschaft (Leitung Alfred Hein) und der Konzertvereinigung der Männerchöre (Leitung Willy Ieron). Auch hier: abgehacktes Singen, und besonders: unreines Singen.

In starken Gegensatz hierzu tritt die hervorragende Leistung des „Männerchors Breslau" unter Leitung von Hans Krieg. Hier spürte man bei jedem Ton die sicher arbeitende Hand des tüchtigen Dirigenten. Die beiden Lieder „Kampflied der Arbeit" und „Der Weckruf hallt" zeigten, was ein Chor leisten kann, wenn er unter geeigneter Leitung steht.

Daß Otto Burkerts Volkschor dem zuletzt genannten um nichts nachstand, ist selbstverständlich. Der zweite Teil brachte dann gemischte und Männer-Massenchöre, die Heinrich Polloczek äußerst sicher und schwungvoll leitete.

Die Programmzusammenstellung unterschied sich leider nur wenig von der jedes bürgerlichen Chores. Lieder wie „Frühlingsreigen", „Du fernes Land" von Uhlmann gehören kaum in ein Konzert des Arbeitersängerbundes.

Heute! Dienstag!

Mitgliederversammlung des SJV Breslau.

Tagesordnung:

I. Die Aufgaben des SJV in der Gegenwart. Ref. Gen. W. Fabian.

II. Ergänzungswahlen zur Ortsleitung.

Die Mitgliederversammlung ist bei Bräuer, Gabitzstraße.

Beginn 20 Uhr pünktlich!

Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

Rückständige Beiträge müssen bezahlt werden.

Die Wahrheit über Mexiko

B. Traven spricht

Am Mittwoch, den 21. September, 20 Uhr, findet im Saale Grünstr. 14/16 ein Vortragsabend der Monistischen Jugend statt mit dem Thema: B. Traven: Die Wahrheit über Mexiko.

Auch kommen Schallplatten Mexikanischer Melodien zum Vortrag. Der Eintrittspreis beträgt für unsere Mitglieder nur 10 Pfg. Wir bitten durch Besuch um Unterstützung dieser Veranstaltung.

Nachtquartier gesucht

Anläßlich der Bezirkskonferenz werden am Sonnabend, den 24., für die auswärtigen Genossen Nachtquartiere benötigt. Wer uns ein Nachtquartier zur Verfügung stellen kann, melde sich bitte sofort im Parteisekretariat.

Organisationsnachrichten

SAP

Bezirk Mittelschlesien; Sekretariat: Breslau, Kleine Holzstraße 3, Telefon 567 68

Kartenvertriebsleute zur Zimmermannveranstaltung müssen unbedingt am Mittwoch abrechnen

Distriktsversammlungen am Mittwoch, den 21. 9.:

D. 10: Müller, Akenstr., R.: Rosenstein.
D. 11: Habn, Hildebrandtstr. 9, R.: Reimann.
D. 14/15: Zentral-Ballsaal, Westendstr., R.: Kirstein.
D. 20: Koppe, Understr. 11, R.: Oppler.
Dienstag erweiterter Vorstand in den Zentral-Ballsälen um 20 Uhr.

SJV

Sekretariat Kl. Holzstr. 3. Sprechstunden Dienstag, Mittwoch u. Freitag von 16—12 Uhr u. Donnerstag von 16—20 Uhr.

Monistische Jugend (zentral). Heut, 19.30 Uhr, ist alles im Heim. Sehr wichtige Besprechungen sind zu erledigen. Achtung! Genossen beteiligt euch alle an dem morgen von uns veranstalteten Traven-Abend. Wir bringen ein Referat Travens: „Die Wahrheit über Mexiko" und Schallplattenübertragung von original-mexikanischer Musik! Unterstützt uns an diesem äußerst interessanten kulturpolitischen Abend durch zahlreichen Besuch im Saale der Monistischen Gemeinde, Grünstr. 14/16. Beginn pünktlich 20 Uhr.

Wohin?

Ausstellung „Gesunde Frau — Gesundes Volk". Mittwoch, den 21. September, 17.30 bis 18.30 Uhr, wird Gauhrauenfechtwart Renglos einen Kursus in Frauenfechten vorführen. Um 18.30 Uhr spricht Obering. Windel-Berlin über „Hygienische Haushaltsführung durch Gaswärme".

1932 Oktober 31 Tage

2

Sonntag

Im Rahmen der Feier
"1 Jahr SAP — 20 Jahre Klassenkampf"
läuft der Tonfilm
„Kameradschaft"

STADTTHEATER

Dienstag, 20—23 Uhr
Abonn.-Vorst. A 2
Der Freischütz

Mittwoch, 20—22.45 Uhr
Abonn.-Vorst. B 2
Zar und Zimmermann

Donnerstag, 19.30—geg. 23 Uhr
Der Zarewitsch

LOBETHEATER

Täglich 20.15—22.40 Uhr
Schuster Anton Hitt

GERHART-HAUPTMANN-THEATER

Täglich 20.15—22.15 Uhr
Die versunkene Glocke

Werbt Abonnenten!

Vom 15. Sept. bis 15. Okt. Vom 15. Sept. bis 15. Okt.

SONDER-ANGEBOT!

für die jetzt dringender denn je notwendige

SCHULUNGSARBEIT

innerhalb der Arbeiterschaft bieten wir an:

„Unsere Stellung zu Sowjetrußland"
„Auf dem Wege zum Sozialismus"
„Das rote Gewerkschaftsbuch"

zusammen für RM. **6.—**

Der Versand erfolgt nur gegen Vorauszahlung auf das Postscheckkonto: Freie Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin Nr. 151 261 oder gegen Nachnahme

Freie Verlagsgesellschaft m. b. H.
Berlin O 27 Magazinstraße 15/16

Gewerkschaftsnachrichten

Deutscher Metallarbeiterverband

Vertreter-Generalversammlung Dienstag, den 4. Oktober, 19.30 Uhr Gewerkschaftshaus, kleiner Saal. Tagesordnung: 1. Kassen- und Geschäftsbericht. 2. Wahl von drei Delegierten zur Bezirkskonferenz. Ohne Mitgliedsbuch und Vertreterkarte kein Zutritt. Die Ortsverwaltung.

Verantwortlich: Paul Hannack, Breslau; Inserate: Herbert Scholz, Breslau. Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung" Breslau. Lohndruck: Th. Schatzky AG., Breslau, Neue Graupenstr. 7.

Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3, I Treppe. Telephon 206 02.

Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3, I Treppe. Telephon 206 02.

Berlin

Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Telefon: E 7 Kaiserhof 3422
Mittwoch, 21. Sept.
8.30 Uhr
Herzdame

Gartenbühne
Mittwoch, 21. Sept.
8.30 Uhr
Konzert und Varieté
8.15 Uhr
Frühlingsfest

HAUS VATERLAND
Das Kempinski Restaurant Berlins
BETRIEB KEMPINSKI

Wo decke ich meinen Bedarf?

Lebensmittelhaus
Heinrich & Co.
Frankfurter Straße 154

Restauration Traugott Kiese
Westendstraße 64
Treffpunkt aller Genossen
Angenehmer Aufenthalt — Niedrige Preise

Eis-Vater
Breslau, Posener Straße 34

Obst · Gemüse · Kolonialwaren
Erich Völkel Bergstraße 20

WESTEN

Maßschneiderei
Kürschnerei und Pelzpflege
Damenmäntel und Kostüme
P. Muschalle, Breslau 6
Friedrich-Wilhelm-Str. 14, 2. Hfg. — Tel. 352 21

Leinenhaus Gotthard Völkel
Friedrich-Wilhelm-Straße 61
Gute Wäsche u. Berufskleidung jeder Art

Paul Frühauf
Kolonialwaren usw.
Bergstraße 22

ff. Fleisch- u. Wurstwaren
Paul Sternitzke, Steinauer Str. 25

Schmelz ist und bleibt billig
Friedrich-Wilhelmstraße 25

ff. Fleisch- und Wurstwaren
Steinauer Str. 6
Emil Lüdeck

Genossen Beachtet unsere Inserate!

Täglich frische Seefische u. Räucherwaren
Richard Polke, Anderssenstr. 16

Kolonialwaren **Karl Bothur**
Posener Straße 13 Tel. 27397

Fleischermeister Max Lattner
Posenerstraße 23
Stets la Qualität — Niedrigste Preise

Oskar Laqua
Anderssenstraße 31
Kolonialwaren

August Schneider Westend-Str. 65
Fabrik fein. Fleisch- und Wurstwaren —
la Qual. - Niedrigste Preise - (Filialleiter: Erich Schmidt)

Walter Scott

Zum hundertsten Todestag 21.9.32

Am 21. September, vor jetzt genau hundert Jahren, starb Walter Scott, der von der bürgerlichen Literaturwissenschaft mit Recht als Schöpfer des historischen Romans bezeichnet wird.

„Als die Dichter begannen, nicht allein auf die Phantasie, sondern auf die Wirklichkeit, auf das Leben selbst in seinen mannigfaltigen Erscheinungen ihrer Werke zu bauen, da mußte vor allem diejenige Kunstform einen großen Aufschwung nehmen, deren eigentliche Aufgabe es von jeher gewesen ist, das wirkliche Leben im Spiegel der Dichtung zusammenzufassen: Der Roman, der moderne und ungleich-vielseitigere Abkömmling des alten Epos." So malt sich in den Köpfen des Bürgertums die Entstehungsgeschichte des geschichtlichen Romans.

Für uns ist der Gedenktag an Walter Scott, der in seinem englischen Heimatland mit großer Feierlichkeit begangen werden dürfte, ein Anlaß, seiner Arbeit im Rahmen der gesellschaftlichen Entwicklung zu gedenken.

Walter Scott hat in der Epoche der zunehmenden Festigung des fortschreitenden Ausbaues der bürgerlichen Macht in Europa gelebt. Er hat den beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwung Englands zur modernen großen Industrie miterlebt. In dieser Epoche war die Ideologie des Bürgertums notwendigerweise durchaus nicht mehr kämpferisch. Sie begann sich vielmehr auf die Haltung des Errungenen zu besinnen. Mit Behagen konnte der Bürgerliche in jene Zeit der Vergangenheit schauen, die die Klasse in den Zeiten dieses Aufschwungs überwunden hatte.

Scott ist durch die Werke des sogenannten deutschen Sturm und Drangen, durch Goethes „Götz von Berlichingen", durch Schillers „Räuber" zur Schöpfung seiner geschichtlichen Romane angeregt worden. Dennoch tragen die Werke den anderen gesellschaftlichen Umständen entsprechend, unter denen sie entstanden, ganz andere Merkmale, als die der deutschen Klassiker. Scott, der kein „Stürmer und Dränger", sondern der behagliche Nachkömmling der Aufklärung, der die Vergangenheit seiner Heimat mit genialem Verstand zu erfassen, mit großem Geschick zu gestalten versteht.

Der von Scott geschaffene Typus des geschichtlichen Romans hat zu allen Zeiten einen Nachahmer gefunden. Noch hat Scott im wesentlichen darauf verzichtet, seinen Romanen bewußt bestimmte Tendenzen unterzulegen. In der Folgezeit jedoch ist der historische Roman immer mehr zur Waffe der einen oder anderen Front im Klassenkampf geworden. Er ist bewußt in den Dienst verschiedener Weltanschauungen und Klassen gestellt worden. Der historische Roman nimmt im neuen Gewande mit neuem Inhalt und neuer Technik einen wichtigen Platz in der ideologischen Waffenkammer des kämpfenden Proletariats ein.

Revolte im Erziehungsheim

Limburg, 19. September.

Im Erziehungsheim „Schloß Dehrn" brach am Sonntag abend „infolge politischer Zersetzung" eine Revolte aus. Die Zöglinge zertrümmerten Fenster, Türen und Einrichtungsgegenstände und versuchten zu flüchten. Feuerwehr und Landjägerei stellten die Ordnung wieder her. Zahlreichen Zöglingen ist die Flucht gelungen. Fünf Rädelsführer wurden verhaftet. Der Schaden soll etwa 3000 Reichsmark betragen. Im vorigen Jahr wurde das Heim schon einmal durch Brandstiftung zweier Zöglinge schwer geschädigt.

„Infolge politischer Zersetzung" — aha! Mit anderen Worten: „Die bösen Kommunisten!"

Wenn heutzutag in einem Erziehungs„heim" (ob es wirklich ein „Heim" für die Zöglinge ist — bleibt sehr fraglich) eine Revolte ausbricht, so kann man fast mit neunundneunzigprozentiger Sicherheit behaupten, da stimmt etwas nicht, „es ist etwas faul im Staate Dänemark!" Nicht die Zöglinge sind schuldig, sondern die Erzieher und die Erziehungsmethoden.

Daß man auch anders kann, beweisen die Russen.

Deutsche Bau-Ausstellung in Moskau

Moskau, 19. September.

Die Ausstellung deutscher zeitgenössischer Architektur, der die Musterschau der Leipziger Baumesse angegliedert ist, wurde heute hier eröffnet. Die Ausstellung wurde im Auftrage der Deutschen Kunstgesellschaft Berlin vom Berliner Kunsthistoriker Dr. Kuhn zusammengestellt, der bereits früher repräsentative Ausstellungen deutschen Kunstschaffens im Auslande leitete. Die soeben in Moskau eröffnete Ausstellung zeigt in 600 photographischen Großaufnahmen Musterbeispiele deutscher moderner Baukunst aus folgenden acht Gruppen: Industrie, Handel, öffentliche Verwaltung, private Verwaltung, Verkehr, Volksgesundheit, Volkserziehung und städtische Siedlung. Es werden Bauten von 114 deutschen Architekten gezeigt. Eine Sonderschau bietet einen Ausschnitt aus der großen Leipziger Baumesse, um im Interesse der deutschen Bauindustrie Muster von Baumaterialien und Werkstoffe vorzuführen. Die deutsche Ausstellung in Moskau wurde durch eine Ansprache des deutschen Geschäftsträgers von Twardowski eröffnet. Es sprachen außerdem Vertreter des Volksbildungskommissariats, der Gesellschaft für Kulturverbindung mit dem Auslande, der gastgebenden Künstlergenossenschaft und Dr. Kuhn. Die Ausstellung, die ein geschlossenes Ganzes darstellt, legt Zeugnis ab von dem hohen Stand deutscher Volksfürsorge und von der Mustergültigkeit der sozialen Einrichtungen Deutschlands. Man hatte in Deutschland bereits öfters Bauten aus der Sowjetunion in Wiedergaben vorgeführt, dagegen waren in der Sowjetunion deutsche öffentliche und soziale Bauten in einer Ausstellung noch nie gezeigt worden. Der Eindruck der Ausstellung ist hier stark, die Presse beschäftigt sich ausführlich mit der Schau, die lebhaften Zuspruch findet.

In den russischen Bergen verunglückt

Moskau, 19. September.

Vier österreichische Arbeiter der Rostower landwirtschaftlichen Maschinenfabrik, die eine Hochgebirgstour zum Gipfel des Uschba in Swanetien (Transkaukasus) unternommen hatten, sind spurlos verschwunden. Man vermutet, daß sie in eine Gletscherspalte gestürzt sind. Eine Rettungsexpedition ist sofort ausgesandt worden, um nach den Verschollenen zu suchen.

„Gute Rekruten"

Der General a. D. von Stülpnagel, der Präsident des „Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung", hat dem Korrespondenten einer französischen Zeitung ein Interview gewährt, in dem er sich bemüht, den deutschen Wehrsport als eine ganz harmlose Sache hinzustellen. Der General äußerte sein Erstaunen über die Kritik, die der Erlaß Hindenburgs bekanntlich in der gesamten ausländischen Presse gefunden hat, und erklärte, „die deutsche Jugend müsse zu moralischer und physischer Kraft erzogen werden, zu Disziplin und Kameradschaft, unabhängig von sozialen Vorurteilen und Parteirücksichten." Und dann sagte er weiter:

„Wenn die jungen Menschen durch diese Schulung in freier Luft gleichzeitig auch dazu geeignet würden, gute Rekruten abzugeben, dann wäre das keine schlechte, aber nicht eine beabsichtigte Wirkung."

Es ist anzunehmen, daß von dem ganzen Interview des General Stülpnagel nur dieses Wort von den „guten Rekruten in der ganzen Welt Beachtung finden und in Erinnerung bleiben wird. Wir danken dem General für die, wenn auch wohl nicht beabsichtigte Offenherzigkeit in der Kennzeichnung seiner wahren Absichten.

Heraus aus der Nazi-Kirche

Ein Berliner Genosse schreibt uns:

Es ist ein offenes Geheimnis, daß ein großer Teil namentlich der evangelischen Geistlichkeit auf der Seite des Faschismus steht. Das findet in mancherlei Vorfällen seinen sichtbaren Ausdruck. So ist z. B. der Luisen-Friedhof in Berlin, auf dem, nebenbei bemerkt, Gustav Stresemann beigesetzt worden ist, zu einem Nazi-Friedhof geworden, auf dem die Nazis nach Belieben schalten und walten, auf dem sie ihre Ehrenwachen aufstellen, bei Begräbnissen den ganzen Friedhof absperren usw. In der dem Friedhof gegenüber liegenden Neuen Garnison-Kirche am Kaiser-Friedrich-Platz konnten die SA nun vor einigen Tagen einen Sondergottesdienst für den erschossenen SA-Mann Thielsch veranstalten. — 57 Hakenkreuzfahnen marschierten, vom Faschistengruß begrüßt, in die Kirche ein und nahmen am Altar Aufstellung. Der Pfarrer Wurzel hielt eine national-sozialistische Predigt.

Der „Vorwärts", der über diesen Vorfall berichtet, benutzt die Gelegenheit, um die Republikaner und Sozialisten zur Gegenwehr gegen die Versuche der Nazis, die evangelische Kirche völlig in ihre Hand zu bekommen, bei den — Kirchenwahlen aufzurufen und zu mahnen, sich in die kirchliche Wählerliste eintragen zu lassen. Diese Losung ist bezeichnend für die reformistische Versumpfung und Verbürgerlichung der SPD. Der klassenbewußten Arbeiterschaft kann es nur recht sein, wenn die Kirche offen ihr reaktionäres Gesicht zeigt. Eine nationalsozialistische Kirche wird endlich die Todfeindschaft der klassenbewußten Arbeiterschaft finden, die jeder Art von Religionsgemeinschaft gebührt. Sie wird dann mit der Reaktion zusammengeschlagen werden. Darum: keine Beteiligung an der Kirchenwahl, sondern heraus aus der Nazi-Kirche!

SAP Berlin im Wahlkampf

Berlin, 19. September.

Schon hat die Sozialistische Arbeiterpartei in Berlin die erste Wählerversammlung abgehalten. Draußen im Osten, im proletarischsten Viertel, in den Andreasfestsälen, hat Klaus Zweiling über das Thema „Reichstagsauflösung — was nun?" gesprochen.

Er schilderte die Kapitulation des Reichstags vor Papen, durch die der Schlußstrich unter die letzten jammerlichen Reste der Weimarer Verfassung gesetzt worden sei, und bezeichnete den Rückzug Goerings als erste empfindliche Schlappe der Nationalsozialisten in ihrem Kampf um die Macht, den sie mit der Großbourgeoisie austragen. Den erneuten Verrat der SPD geißelte er aufs schärfste, wies darauf hin, daß der Kampf der Massen gegen die Regierung nicht auf dem Boden des Parlaments, sondern auf einem anderen Schlachtfelde ausgetragen werden würde (lebhafter Beifall), und kennzeichnete den sozialdemokratischen Volksentscheid als einen Versuch der reformistischen Führer, Kämpfe zu vermeiden, die heute ausgetragen werden müssen. Auch zur Illusionspolitik der KPD — die in einem Flugblatt behauptet, Papen gestürzt zu haben! — sagte der Redner das Notwendige, um schließlich eindringlich zur Vorbereitung des gemeinsam zu führenden Kampfes der Proletarier gegen die Papendiktatur und für den sozialistischen Ausweg aus der Krise in allen Massenorganisationen der Arbeiterschaft aufzurufen. Starker Beifall setzte ein, als er geendet hatte.

In der Diskussion versuchten zwei Unionisten Stimmung gegen die Gewerkschaften zu machen; während aber der eine behauptete, daß sich von 1918 bis 1932 nichts geändert habe, bemühte sich der andere, darzulegen, was sich in diesem Zeitraum alles geändert hat. Max Köhler fertigte die beiden Konfusionisten unter dem Beifall der Versammlung ab.

In das dreifache „Kampfbereit!", mit dem die Versammlung geschlossen wurde, stimmten die Massen begeistert ein.

Zunehmende Arbeitslosigkeit in Italien

Die Arbeitslosenzahl in Italien zeigt seit zwei Monaten eine ansteigende Tendenz. Nach der neuesten amtlichen Statistik ist die Zahl der Arbeitslosen in Italien im August um rund 15 000 auf 945 972 gestiegen. Unterstützungsberechtigt sind hiervon 279 000.

Darin kommt der Bankrott und die Arbeiterfeindlichkeit des Faschismus in wenigen Zahlen zum Ausdruck. Es zeigt, daß die Versprechungen der Faschisten, also auch der hiesigen Nazis, den Arbeitslosen zu helfen, gröbster Schwindel ist. Die Arbeitslosigkeit ist im „Dritten Reich" Italiens relativ ebenso groß wie in Deutschland. Nur ein Drittel der Arbeitslosen wird überhaupt und auch nur mit Bettelpfennigen unterstützt. Deutsche Proleten: So sieht das „Dritte Reich in Wirklichkeit aus!

Achtung! Kolporteure der SAZ!

Die halbmonatliche Abrechnung der Zeitungs-Abonnementsgelder ist fällig. Wir bitten um pünktliche Abrechnung und Ueberweisung auf das Postscheck-Konto Breslau 757 89 Walter Geburt.

Die Geschäftsleitung.

Der Kaiser ging, die Generäle blieben

48) Ein deutscher Roman

Von THEODOR PLIVIER

Copyright 1932 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50
Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Verfilmung und Radioverbreitung, vorbehalten.

„Wo kommt ihr her?"

„Wir — von Kiel!"

Sie treffen einen Bekannten, den Klosettreiniger vom „Kurfürst".

Er begrüßt seine Kameraden.

„Brummschädel! Karl! Fietel!"

„Wie bist du so schnell hergekommen?"

„Ich bin schon seit vorgestern in Hamburg, hier ist alles allright. Heute war eine Schießerei, aber jetzt ist der Kommandierende General geflüchtet. Ein Soldatenrat ist schon gewählt! Gewehre habt ihr ja, wir haben heute schon welche aus den Waffenläden requiriert. Meldet euch man auf der Bahnhofswache und laßt euch sagen, wo's zu futtern gibt!"

Sie steigen die Treppe zur Halle hoch.

Von den Frauen haben sie sich verabschiedet. Einzelne haben Verabredungen getroffen. Die kleine Braune hat Bonczyk einen Zettel mit ihrer Adresse gegeben. „Es macht nichts, wenn es auch spät wird. Am besten fahrt ihr mit der Hochbahn. Aber bring den Langen, deinen Freund, auch mit!" hat sie ihm noch nachgerufen . . .

Die neun schließen sich einem Trupp an, der eine Deputation des Arbeiter- und Soldatenrats zum Rathaus begleitet. Die Hamburger Straßen sind ungewöhnlich belebt. Ueberall begegnen sie Bewaffneten mit roten Bändchen. Die Zugangsstraßen zum Rathausmarkt sind durch Postenketten abgeriegelt.

Die Deputation des A- und S-Rates betritt den großen Rathaussaal, in dem die Vollversammlung der Hamburger Bürgerschaft tagt. Der Präsident ist gerade dabei, einen Senatsantrag zur Errichtung eines Arbeitsamtes zu begründen. Er unterbricht seine Ausführungen. Auf die Tür hinweisend, sagt er:

„Es scheinen gerade Vertreter des A- und S-Rates erschienen zu sein . . ."

Drei Mann kommen jetzt langsam durch den Saal, ein Hamburger Arbeiter, ein Kieler Matrose und der Parteiführer der Unabhängigen, Hugo Haase, der auf der Rückfahrt nach Berlin in Hamburg ausgestiegen ist. Durch die Reihen der Bürgerschaftsmitglieder geht eine Bewegung. Das Licht der Kronleuchter spiegelt sich auf den blanken Glatzköpfen und in den Brillenglösern. Der Bürgermeister v. Melle verläßt den Vorstandstisch und begrüßt die Vertreter des A- und S-Rates. Nach einer kurzen Verständigung mit dem Präsidium zieht er sich, begleitet von Senator Dr. Petersen, mit den Vertretern des A- und S-Rates in einen anderen Raum zurück.

Senatssyndikus Dr. Buchl führt die Versammlung weiter. Man geht zum nächsten Punkt über: Anstellung eines Friedhofdirektors. Als die Beratung bis zu dem Entschluß gediehen ist, den Hamburger Gartendirektor zwecks Wahrnehmung der Geschäfte eines Friedhofdirektors von der Front zu reklamieren, kehren Bürgermeister v. Melle und Senator Dr. Petersen in den Sitzungssaal zurück.

Der Bürgermeister nimmt den zuvor unterbrochenen Punkt wieder auf. Doch ehe er die Debatte eröffnet, macht er einige Bemerkungen zur politischen Lage:

„. . . eine neue Zeit ist für die innere Entwicklung Deutschlands bereits angebrochen. Der Senat ist bereit — und ich nehme an, auch die Bürgerschaft wird bereit sein — sich in den Dienst dieser neuen Zeit zu stellen. Der Senat ist gewillt, den sozialen und politischen Bedürfnissen der neuen Zeit, im Rahmen der sich im großen Vaterlande vollziehenden Veränderungen, unter Wahrung der besonderen Interessen Hamburgs, gerecht zu werden. Er wünscht alle starken Volkskräfte in unserem alten freiheitlichen Gemeinwesen zu gemeinsamer gedeihlicher Arbeit zusammenzufassen. Das ist aber nur möglich, wenn wir alle fest zusammenhalten, und wenn ein jeder von uns sich der Pflicht bewußt ist, dahin zu wirken, daß unter allen Umständen die öffentliche Ruhe und Ordnung aufrechterhalten werden . . ."

Nach seinen Ausführungen macht der Bürgermeister eine kleine Pause, wischt sich den Schweiß von der Stirn und legt die Notizen vor sich zurecht; dann sagt er im geschäftsmäßigen Ton: „Wir setzen die vorhin unterbrochene Debatte über die Errichtung eines Arbeitsamtes fort . . ."

Vom Balkon herunter hält ein Matrose eine Ansprache.

Das Gesicht des Redners verschwimmt in dem ungewissen Licht der zwei Laternen, die hoch in die graue Luft aufsteigen. Die Worte zerflattern über dem weiten, menschenbedeckten Platz. Doch wenn man auch nichts verstehen kann — die Menge versorgt sich selbst mit Nachrichten:

„Der Senat hat kapituliert!"

„Die Macht hat der A- und S-Rat!"

„Es lebe der Sozialismus!"

„Es lebe die Weltrevolution!"

Aber auch Unzufriedene sind dazwischen — durchfahrende Urlauber, die nicht wissen, wo sie Lebensmittelanweisungen oder Quartiere nachgewiesen erhalten. Zivilisten, die Passierscheine nach irgendwohin wollen oder die Erlaubnis, nach 9 Uhr auf der Straße zu bleiben.

„Es braucht doch alles seine Zeit!"

„Das müßt ihr doch verstehen!"

„Zeller hat schon zwei Nächte nicht geschlafen!"

„Es wird alles werden — nur Geduld!"

„Danke für die Geduld! Früher hatten wir wenigstens zu essen, wenns auch wenig war!"

Die Matrosengruppe, die die Vertreter des A- und S-Rates zum Rathaus begleitet hat, ist weiter gezogen. Von der vor dem Rathaus aufgestellten Postenkette haben sich viele angeschlossen, auch andere Soldaten und Arbeiter. Sie marschieren den Alten Wall entlang über den Rödingsmarkt, nach den Vorsetzen und dem Hafen hinunter.

Ueber dem Hafen liegt ein dunkler Regenhimmel. Die Umrisse eines großen Krans und des Reiherstiegschwimmdocks am anderen Ufer zeichnen sich im Dunst ab. Alles andere ist weggewischt.

Am Hafentor macht der Demonstrationszug Halt.

Links liegt die Elbe, rechts ein Hügel, der das Blickfeld über den Hafen beherrscht — unten kahles Buschwerk, darüber ansteigende Rasenflächen; oben steht ein Gebäude, das Heuerbüro der Hamburg-Amerika-Linie.

Die Matrosen und Heizer — als sie vor dem Krieg auf den Handelsschiffen fuhren, wie oft haben sie da im Heuerbüro der HAPAG zusammengepfercht gestanden. — Und sie waren froh, wenn sie nach wochenlangem Warten endlich ein Schiff bekamen: Arbeit vor den Kesseln oder vorm Mast, ein Logis unterhalb der Wasserlinie, Hartbrot und Dörrgemüse, 60 Mark Heuer im Monat. Die Schiffe wurden immer größer, ihre Geschwindigkeit immer schneller, die von den Seeleuten verlangte Arbeitsleistung entsprechend härter. Und wenn der Komfort in den Passagierräumen auch von Schiff zu Schiff zunahm, die Matrosen und Heizer verblieben in den althergebrachten Löchern. Um ein paar Mark Zulage, um einige Kubikmeter mehr Luft im Logis, um die Gestellung von Strohsäcken mußten sie gewerkschaftliche Kämpfe führen. Unter den Demonstranten sind viele, die sich noch daran erinnern, besonders an die großen Streiks in den Jahren 1906 und 1907, die von der Polizei brutal niedergeschlagen wurden. Die Hamburg-Amerika-Linie stand bei allen Kämpfen gegen die seefahrende Arbeiterschaft an führender Stelle.

Am Heuerbüro der HAPAG, das als Wahrzeichen deutscher Handelsschiffahrt oben auf dem Hügel steht, können die Matrosen nicht einfach vorbeimarschieren. Die hinaufführende Treppe bietet nicht Platz genug. Sie brechen durch das Buschwerk und steigen den Hügel hoch.

Vor dem Flaggenmast sammeln sie sich.

An der HAPAG geht die rote Flagge hoch.

Weiter!

Eine halbe Stunde später marschiert der Demonstrationszug vor dem an der Alster gelegenen Direktionsgebäude der Hamburg-Amerika-Linie auf, um das Gebäude für den Soldatenrat zu beschlagnahmen.

(Fortsetzung folgt.)

Die belgischen Streikkämpfe

Von Van den Ende, Brüssel

IV.

Selbst nach dem Rückenstoß, den die Führer der Partei und der Gewerkschaften durch ihre Aufforderung zum Streikabbruch den kämpfenden Arbeitern versetzten, besaß der Streik der Bergarbeiter noch eine gewaltige Kraft. Und wenn er jetzt, trotz dem unsagbaren Heroismus der Grubensklaven im Röcheln liegt, so nur dank der ungeheuerlichen Abwürgungspolitik der sogenannten reformistischen Führer.

Damit der Leser sich überzeugt, daß diese Beschuldigung nicht leichtfertig hingeworfen ist, sondern auf unwidersprechlichen Tatsachen beruht, wollen wir versuchen, eine zusammenfassende Darstellung der „reformistischen" Haltung während der Streikkämpfe zu geben.

Bekanntlich wurden bis zum letzten Konflikt die Löhne der belgischen Bergarbeiter — auf Grund eines Vertrages zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmern — nach einem kombinierten Index geregelt, der zu 75 Prozent auf den Detailpreisen der Lebensmittel und zu 25 Prozent auf den Engrospreisen einer bestimmten Kohlensorte beruhte. Stieg also dieser offizielle Index um einige Prozent — was seit Jahren nicht mehr vorkam, obwohl während dieser Zeit die Lebensmittelpreise oft in die Höhe schossen —, so beschloß die Gemischte Kommission, die Löhne um ebensoviel Prozent zu erhöhen. Fiel er — was letztens allzu oft vorkam —, so beschloß sie, die Löhne herabzudrücken. Als nun die Unternehmer und die Regierung den Widerstand der Bergarbeiter gegen jede Lohnkürzung sahen — das Resultat des Referendum vom 22. Mai zeigte es ihnen zur Genüge —, da vollbrachten sie ein kleines Wunder: der von niemand nachkontrollierte Index fiel plötzlich um 5 Prozent, obwohl auch diesmal nirgends von einer Senkung der Lebensmittelpreise zu spüren war.

Dieses Wunder sollte den Lohnraub verschleiern, sollte ihm einen vertragsmäßigen „normalen" Charakter verleihen. Durch den Vertrag gebunden, waren die Gewerkschaftsvertreter in der Gemischten Kommission „gezwungen", der fünfprozentigen Lohnsenkung zuzustimmen. Da sie aber die Empörung der Mitglieder fürchteten, riefen sie am 29. Mai einen außerordentlichen Kongreß zusammen, damit er den beschlossenen Lohnabbau sanktioniere. Zu Beginn des Kongresses protestierten die meisten Delegierten mit aller Energie gegen jede Lohnsenkung, ob sie „vertragsmäßig" sei oder nicht. Aber schließlich gelang es den Rednern der Zentralleitung, den Kongreß zur Sanktionierung der Lohnsenkung zu bestimmen.

Auf Grund dieses Kongreßbeschlusses wurden mehrere Streiks im Juni abgewürgt. Noch am 22. Juni weigerte sich die Gewerkschaftsleitung vom Borinage den Streik in den Gruben des „Levant de Flénu et Produits" anzuerkennen. Allein, wie wir schon sagten, ging

Ende Juni ein derartig heftiger und anhaltender Sturm los, daß am 2. Juli die allgemeine Delegiertenversammlung der Bergarbeiter vom Borinage fast einstimmig den Generalstreik beschloß.

Allerdings gelang es den Gewerkschaftsbonzen durchzusetzen, daß der Generalstreik nicht sofort, sondern erst am 6. Juli einsetzte.

Einen Tag vor diesem Datum trat eine „paritätische Sonderkommission" zur Schlichtung des Konfliktes im Streikgebiet zusammen. Die von ihr einstimmig gefaßten Vermittlungsvorschläge waren blutiger Hohn auf die Forderungen der Streikenden. Gewiß sollten alle Arbeiter, auch die Arbeitslosen, wiedereingestellt und wechselweise beschäftigt werden. Dafür aber sollten alle pensionierten Arbeiter und alle ausländischen Arbeiter, die ledig sind oder deren Familien nicht in Belgien wohnen, entlassen werden. Außerdem sollte die Krankenunterstützung nicht mehr wie bisher 25 Prozent, sondern nur noch 22 Prozent des Lohnes betreffen; die unentgeltliche Kohlenration sollte um 50 Kilo pro Monat herabgesetzt werden, und die Familienunterstützung nur noch für die effektiven Arbeitstage bezahlt werden, das heißt also um mindestens ein Drittel herabgedrückt werden. Natürlich sollte es bei dem für den 19. Juni angesetzten fünfprozentigen Lohnabbau bleiben, dafür aber verpflichtete sich das Unternehmertum, bis zum 1. August (!) keine weiteren Lohnsenkungen vorzunehmen. Und diese empörenden Bedingungen wagten die Partei- und Gewerkschaftsführer den kämpfenden Arbeitern zur Annahme zu empfehlen, die am ersten Tage des hundertprozentig durchgeführten Generalstreiks standen. Ja, sie besaßen die Schamlosigkeit, diese Bedingungen als „einen gewaltigen Sieg" und als das „Maximum dessen darzustellen, was die Arbeiter in diesem Streik erreichen könnten".

Allein weder die Siegesfanfaren, noch die Einschüchterungspolitik, noch die Ueberflutung des Streikgebiets mit den geschicktesten Demagogen der Gewerkschaftsleitung, noch die Tatsache, daß die am 6. Juli stattgefundene allgemeine Vertrauensmännerversammlung vom Borinage ihrerseits die Annahme der Bedingungen empfohlen hatte, konnten den klaren Blick der Streikenden trüben oder ihren Kampfmut schwächen.

Mit 552 gegen nur 4 Stimmen lehnten die Sektionen am 7. Juli diesen so hoch gepriesenen „Sieg" ab,

und der Nachhall dieser fast einstimmigen Ablehnung war so stark, daß die zweite Vertrauensmännerversammlung, die am 8. Juli stattfand, dem Generalsekretär des Bergarbeiterverbandes, Delattre, nicht gestattete, der Einladung des Arbeitsministers zwecks neuer Verhandlungen Folge zu leisten (Peuple, 10. Juli).

Zwei Tage danach, als ungefähr 170 000 Arbeiter im Kampfe standen und Proletarierblut in Strömen floß, veröffentlichten die Zentralleitungen der Partei und Gewerkschaften einen gemeinsamen Aufruf. Kein Wort über das blutige Wüten der Soldateska, kein Protest gegen die faktische Verhängung des Belagerungszustandes, keine Forderung nach Zurückziehung der Gendarmen und Truppen. Auch in der Parlamentssitzung vom 12. Juli wagten die „sozialistischen" Abgeordneten nicht, die Zurückziehung der Gendarmen und Truppen zu fordern. Sie protestierten lediglich dagegen, daß man anstatt wallonische flämischsprechende Gendarmen und Truppen ins Streikgebiet schickte. Und als der einzige kommunistische Abgeordnete Jacquemotte, dessen mutige Haltung bei diesen Streikkämpfen auch wir, trotz allen Meinungsverschiedenheiten, hervorheben müssen, die Zurückziehung aller „Ordnungshüter" forderte, da wurde er von den „sozialistischen" Abgeordneten in der gemeinsten Weise beschimpft und Mörder genannt.

Ja, in derselben Sitzung besaß der anerkannteste Führer der belgischen Arbeiterpartei und der Vorsitzende der zweiten Internationale, Vandervelde, die Stirn, die Gendarmen in Schutz zu nehmen. Er sagte nach dem stenographischen Kammerbericht (natürlich veröffentlichte der Peuple nicht ein Wort dieser Rede):

„Soeben wurden bittere Klagen gegen die Gendarmerie, gegen ihre Führer und gegen die Art erhoben, mit der die Unterdrückung, oder wenn sie wollen, die Verteidigung der Ordnung (für Vandervelde ist es ungefähr dasselbe) organisiert wurde. Was mich anlangt, so bin ich überzeugt, daß, sobald die bewaffnete Macht eingreift, Brutalitäten und Gewaltakte unvermeidlich sind: die Menschen sind eben so (les hommes sont ainsi faits). Dennoch möchte ich aus reinem Gerechtigkeitsgefühl folgendes sagen: Ich war gestern in den drei Streikgebieten und sah, wie Straßen geräumt und Ansammlungen zerstreut wurden. Aber in keinem einzigen Fall habe ich feststellen können, daß dies mit Brutalität getan wurde. Ich spreche natürlich nur von dem, was ich sah, und das ist wenig."

Vandervelde hat schamlos gelogen, denn in Wirklichkeit hat er mehr gesehen, als er zugeben wollte. Er war einen Tag zuvor in Charleroi, und

er sah mit eigenen Augen, mit welcher Brutalität die Gendarmen hausten, wie sie die Straßen mit Hilfe eines Maschinengewehrautos und Flintenkugeln „säuberten".

So ungeheuerlich es klingt, so ist es doch bitterste Wahrheit, daß sowohl die Gendarmen wie das Verbot von Ansammlungen, das den Kampf gegen die Streikbrecher so sehr erschwerte, den „reformistischen" Führern sehr gelegen kamen. Sie sahen in ihnen ein Schutzmittel gegen die weitere Ausdehnung dieser spontanen Bewegung, die sie nicht wollten, die sie haßten und fürchteten. Außerdem halfen ihnen die Gendarmen den „Ansturm" der unorganisierten Massen auf die Volkshäuser abzuschlagen. Was diese Massen in den Volkshäusern wollten? Nicht plündern, nicht zerstören, wie die schamlosen Abwürgungspolitiker sie zu verleumden wagten. Versammlungen abhalten wollten sie, darüber beraten, was zu tun sei. „Warum erlaubt ihr den Unorganisierten nicht, an euren Versammlungen teilzunehmen?" fragte ein Streikender den Berichterstatter des Peuple. „Ich spreche nicht für mich, denn ich bin organisiert." „Weil," antwortete der Berichterstatter — und diese Antwort ist symptomatisch für die Borniertheit und Aengstlichkeit der „Führer" der belgischen Arbeiterbewegung — „weil man gerade unter den Unorganisierten Elemente des Aufruhrs findet." (Peuple, 12. Juli.) Das war es: die Mertens und Delattre, die Vandervelde und Piérard sahen in den Unorganisierten Unruhestifter, Aufrührer, und sie waren im Grunde zufrieden, daß die Gendarmen diesen „Elementen" Respekt vor der Ordnung einflößten.

Aber verfolgen wir die weitere Haltung des „reformistischen Strategen" in einem folgenden Schlußartikel.

Achtung!

An alle Einzelbezieher der SAZ!

Wir bitten, soweit dies noch nicht geschehen ist, um sofortige Ueberweisung des Bezugsgeldes für September auf das Postscheck-Konto Breslau 757 89 Walter Geburt.

Die Geschäftsleitung.

Betriebe rufen zum Kampf

gegen Notverordnung und Sondergerichte

In der am Donnerstag, den 15. d. M., tagenden gutbesuchten Betriebsversammlung der Breslauer Marstallverwaltung (städt. Straßenreinigung) wurde nach einem Vortrage des Kollegen Blank und lebhafter Debatte über die Notverordnung vom 4. September folgende Entschließung mit allen gegen nur eine Stimme angenommen:

„Die heutige Betriebsversammlung der Belegschaft der Marstallverwaltung beschließt einstimmig, sich auf keinen Fall einen nochmaligen Lohnraub gefallen zu lassen. Die Versammlung gelobt, sich mit ihren ganzen Kräften dafür einzusetzen, daß sofort bei Verkündung einer Kürzung des Lohnes oder der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich der Streik proklamiert wird.

Ferner fordert die Versammlung sofort Freilassung der proletarischen politischen Gefangenen und Beseitigung der Sondergerichte."

Arbeiter aller Betriebe, schließt euch diesem Beschluß an und trefft jetzt schon alle Vorbereitungen, um im Sinne dieses Beschlusses jeder Abbaumaßnahme mit dem sofortigen Streik begegnen zu können. Dazu ist jetzt schon die engste Fühlungnahme zwischen den einzelnen Betriebsbelegschaften, wie auch der Betriebsarbeiter mit den Erwerbslosen notwendig. Alarmiert, rüstet zum Kampf mit der Devise: **Keinen Pfennig Lohnkürzung, andernfalls Streik!**

Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie

Für Liquidierung des RGO-Kurses

In der KPD-Mitgliedschaft kriselt es mehr und mehr. Die außerparlamentarische Einflußlosigkeit der KPD, die am 20. Juli in besonders krasser Weise bloßgestellt wurde, hat einen Teil der Mitglieder doch nachdenklich gestimmt. Unter denjenigen Mitgliedern, die trotz aller Bocksprünge ihrer „Führer" gerade in der Gewerkschaftsfrage ihren Verbänden treu blieben und sich, soweit ihnen die Politik ihres ZK überhaupt noch Boden dafür ließ, weiterhin ehrlich um eine Revolutionierung der Gewerkschaftsmitglieder und der Gewerkschaften bemühten, sind so manche heute bereit, ja, sie suchen danach, mit den Kollegen aus anderen Oppositionsgruppen, vor allem auch mit unseren SAP-Genossen zu einer gemeinsamen oppositionellen Gewerkschaftsarbeit zu kommen. In verschiedenen Fällen haben sie ausdrücklich zugestimmt, daß wir recht haben, wenn wir als Basis für eine solche Zusammenarbeit auf einem klaren Abrücken von jeder Spaltungstendenz gegenüber den freien Gewerkschaften und auf einem Arbeiten heute im Rahmen der Gewerkschafts-Statuten und Beschlüsse bestehen. In solchen Fällen wäre es sehr engstirnig, wenn wir ein gemeinsames Vorgehen auch mit oppositionellen Gewerkschaftskollegen, die politisch der KPD angehören, etwa ablehnen wollten!

Von weniger Verantwortungsgefühl und Lernfähigkeit aus gemachten Erfahrungen zeugt allerdings die Tätigkeit, wie sie KPDler z. B. unter den Angestellten versucht haben. In Berlin wurden von ihnen kurz vor den Wahlen großspurig eine „Versammlung der Einheitsfront aller deutschen Angestellten" anberaumt, ohne daß irgendwelche Vorarbeit zur Herstellung einer wirklichen Einheitsfront geleistet war. Das Resultat waren denn auch höchstens 250 Teilnehmer an dieser pompösen Versammlung, und als man daraufhin noch einmal eine solche Veranstaltung im Lehrervereinshause arrangierte, kamen sogar nur ca. 30! Man bildete trotzdem ein Einheitskomitee der Angestellten, nicht ohne die Führung der RGO in diesem Komitee zu beanspruchen (!), u. a. mit dem Hinweis darauf, daß die RGO ja auch die Kosten für die Einladungen, Versammlungsraum usw. trage. Seit dem Tage hat man von diesem „Einheitskomitee" nichts mehr gehört, obwohl die Situation wahrlich eine Zusammenfassung aller oppositionellen Angestellten zu wirklich ernster Gewerkschaftsarbeit erfordern würde. Eine solche innergewerkschaftliche Arbeit für eine radikale Kursänderung der Gewerkschaften ist auch deshalb dringend notwendig, weil die reformistische Politik immer mehr Arbeiter und Angestellte in die Indifferenz treibt.

Bezeichnend hierfür ist ein Beispiel aus dem Butab-Berlin. Dieser machte vor einiger Zeit den Versuch, die erwerbslosen Chemiker zusammenzufassen und lud zu einer Veranstaltung ein mit dem ausdrücklichen Hinweis darauf, daß diese mit keinerlei Unkosten für die Teilnehmer (Fahrgeld, Verzehren usw.) verbunden sei. Es erschienen ganze drei Mann!

Die ADGB-Bundesleitung hat in ihrer letzten Sitzung selbst das Thema neuer Werbemethoden auf die Tagesordnung gestellt, weil auch sie allmählich dahinter kommt, daß es so nicht weiter geht. Aber das beste und ausschlaggebende Werbemittel ist eben die Kursänderung der Gewerkschaften. Die Arbeiter und Angestellten müssen sehen, daß wirklich nur in ihrem Interesse und ohne Rücksicht auf das kapitalistische System gekämpft wird. Nicht Vertröstung auf das Parlament und auf einen Volksentscheid, sondern sofortige Mobilisierung aller Arbeiter und Angestellten zum außerparlamentarischen Kampf!

Die innergewerkschaftliche Demokratie muß wieder hergestellt werden; jedes Mitglied muß auch die Möglichkeit haben, seine Meinung über den Weg der Gewerkschaften in Versammlungen und Presse zur Diskussion zu stellen.

Die Ausschlüsse oppositioneller Kollegen müssen, soweit diese die Gewerkschaftsstatuten anzuerkennen bereit sind, rückgängig gemacht werden, ihre Wiederaufnahme darf, wenn sie solche Anträge stellen, nicht mehr sabotiert werden. Und vor allem müssen auch die Erwerbslosen von den Gewerkschaften zusammengebracht werden. In den Großstädten, wie z. B. Berlin, ist von einer Auswirkung des vor einiger Zeit an die Ortsausschüsse ADGB-Rundschreibens betr. Bildung freigewerkschaftlicher Erwerbslosenausschüsse an den Stempelstellen so gut wie überhaupt nichts zu merken. Es genügt nicht, daß auch erwerbslose Arbeiter, wenn sie vor der Erwerbslosigkeit schon Gewerkschaftsmitglieder waren, ja an den allgemeinen Gewerkschaftsveranstaltungen teilnehmen können (die zudem in manchen Verbänden so gut wie überhaupt nicht stattfinden). Sondern die Erwerbslosen müssen an den Stempelstellen erfaßt und dann in allen Körperschaften der Verbände auch vertreten sein. Das umsomehr heute, wo die neue Notverordnung geradezu ausgeht auf ein verstärktes Gegeneinanderausspielen von Erwerbslosen und im Lohne immer mehr abgebauten Betriebstätigen.

Die gegenwärtige Situation erfordert höchste Aktivität in den Gewerkschaften. Die Gewerkschaftsmitglieder müssen, wo sie nur Gelegenheit haben, die hier angeschnittenen Fragen aufrollen und entsprechende Beschlüsse und Maßnahmen durchsetzen, und die Kollegen, die sich bisher von der RGO einfangen ließen oder zumindest ihr nicht aktiv entgegen traten, müssen schleunigst den RGO-Kurs liquidieren.

Einigung zum Lohnabbau

in der westfälischen Textilindustrie

WTB. Die Lohntarifverhandlungen in der Textilindustrie der Bezirke Bielefeld, Gütersloh und Herford endeten mit dem Ergebnis, daß ab 16. September die Tariflöhne für die Bezirke Bielefeld und Herford um 3 Prozent, für den Bezirk Gütersloh um 3½ Prozent gesenkt werden.

Schiedsspruch in der westfälischen Textilindustrie

WTB. In dem Lohnstreit in der westfälischen Textilindustrie ist nach mehrtägigen Verhandlungen unter dem Vorsitz des Landesschlichters, Ministerialrat Dr. Hauschild, heute eine freie Vereinbarung zwischen den Parteien zustandegekommen, durch die die gekündigten Lohntarife mit einigen Abänderungen für gewisse Branchen für die Zeit vom 16. September 1932 bis 31. Januar 1933 wieder in Kraft gesetzt worden sind. Für einzelne Branchen ist die Angelegenheit nochmals an die Parteien zur Behandlung binnen drei Wochen zurückverwiesen worden.

•

Die Meldung über das wirkliche Verhandlungsergebnis in Sachsen ist bewußt unklar gehalten. Unter „einigen Abänderungen" befinden sich bestimmte sehr erhebliche Verschlechterungen für die Arbeiter. So ist also in Sachsen, wie in Westfalen, den beiden größten deutschen Textilzentren der „Friede" wieder einmal durch Herabsetzung der ohnedies skandalös niedrigen Hungerlöhne hergestellt. Wir können uns ohne nähere Mitteilung die Begründung der Gewerkschaftsführer (Krise, große Arbeitslosigkeit usw.) schon denken. Trotzdem halten wir dieses erneute Zurückweichen der Gewerkschaften für einen schweren Fehler. Es muß doch einmal und radikal Schluß gemacht werden mit dem Lohnabbau. Jetzt, angesichts des englischen Textilarbeiterstreiks war die Zeit gegeben. **Jetzt hätte sowohl im Interesse der deutschen, als auch der englischen Textilarbeiter der Kampf geführt werden müssen.**